Christian-Ernst-Gymnasium
Erlangen

Kursphase 2004/2006

Facharbeit

Leistungskurs: Sozialkunde/Geschichte

Kursleiter: Herr Götz

Thema: Die Etablierung der Grünen als politische Kraft auf regionaler und kommunaler Ebene anhand des Beispiels Erlangen

Verfasser: Timon Burisch

Inhaltsverzeichnis:

1. Einführung in die Arbeit ..... - 3 -
2. Vorgründungsphase ..... - 3 -
   2.1. Allgemeine Gründe für die Entstehung der grünen Bewegung ..... - 3 -
   2.2. Bundesweite Situation ..... - 5 -
   2.3. Situation in Erlangen ..... - 6 -
      2.3.1. Relevanz der Gründe in Erlangen ..... - 6 -
      2.3.2. Die verschiedenen Bürgerinitiativen ..... - 7 -
      2.3.3. Zusammenschluss und Gründung der Grünen in Erlangen ..... - 9 -
3. Die Etablierung im Erlanger Stadtrat ..... - 9 -
   3.1. Besonderheiten ..... - 9 -
   3.2. Wahlthemen ..... - 11 -
      3.2.1. Verkehr ..... - 11 -
      3.2.2. Wohnraum und Stadtbild ..... - 11 -
      3.2.3. Energie und Umwelt ..... - 12 -
      3.2.4. Frieden und Ausländer ..... - 12 -
      3.2.5. Frauen ..... - 13 -
   3.3. Jahresabhängige Themen inhaltlicher und formeller Art ..... - 13 -
   3.4. Bürgerinitiativen und Externe Aktivitäten ..... - 14 -
   3.5.Wahlstatistik ..... - 16 -
      3.5.1. Wahlergebnisse ..... - 16 -
      3.5.2. Hochburgen und Wählerspektrum ..... - 17 -
      3.5.3. Vergleich der Erlanger Wahlergebnisse mit bayerischen Ergebnissen ..... - 17 -
   3.6. Stil und Methoden der politischen Arbeit ..... - 18 -
   3.7. Politische Konkurrenz ..... - 19 -
4. Die Grünen im Landkreis Erlangen-Höchstadt ..... - 19 -
   4.1. Gründung des Kreisverbandes ..... - 19 -
   4.2. Wahlergebnisse ..... - 20 -
   4.3. Einordnung der Ergebnisse im Vergleich mit anderen Bundesländern ..... - 21 -
5. Abschließende Wertung ..... - 22 -

Literaturverzeichnis ..... - 25 -

Anhang ..... - 29 -

1. Einführung in die Arbeit

In der vorliegenden Arbeit soll die Etablierung der Grünen als politische Kraft auf regionaler und kommunaler Ebene anhand des Beispiels Erlangen untersucht werden.
Etablierung meint das Erreichen dauerhaften kommunalpolitischen Gewichts. Der Begriff „Die Grünen“ ist in diesem Fall nicht ausschließlich mit der Partei Bündnis90/Die Grünen gleichzusetzen, sondern umfasst allgemein politische Gruppierungen, die sich als „grün“, d.h. ökologisch und alternativ, bezeichnen. In Erlangen sind das die Wählervereinigung Grüne Liste (GL) und die Partei Die Grünen (seit 1993[1] B90/Die Grünen), die zwecks Vermeidung von Verwechslungen in der folgenden Arbeit auch als Grüne Partei bezeichnet wird. Sofern nicht anders hervorgehoben, ist im Text mit dem Begriff „die Grünen“ die gemeinsame Wahlliste aus Partei und Liste gemeint.
Da zu dem Thema keine Literatur existiert, basiert die Arbeit hauptsächlich auf Erkenntnissen, die durch das Gespräch mit ehemals oder aktuell Aktiven der Grünen gewonnen wurden. Weitere Quellen sind Wahlprogramme und Informationsblätter der Grünen, Statistiken und Zeitungsartikel aus verschiedenen Regionalzeitungen.
Die einführende Erläuterung der bundesweiten Situation bezüglich der Ausbreitung der grünen Bewegung soll zum allgemeinen Verständnis der Situation beitragen, die Grundzüge der Bewegung anreißen sowie Parallelen und Unterschiede der Erlanger Situation erkenntlich machen. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird die Entstehungsgeschichte der Erlanger grünen politischen Vertretung ausgeführt. Neben einem geschichtlichen Abriss werden Wahlthemen, Statistiken, Stil der politischen Arbeit und die Konkurrenzsituation herangezogen, um die Etablierung der Grünen zu begründen und deren Besonderheiten zu veranschaulichen. Im nächsten Teil der Arbeit wird die Etablierung im Landkreis Erlangen-Höchstadt skizziert und ein Vergleich mit anderen Bundesländern angestellt, bevor abschließend die verschiedenen Faktoren hinsichtlich der Etablierung aus persönlicher Sichtweise bewertet werden.

2. Vorgründungsphase

2.1. Allgemeine Gründe für die Entstehung der grünen Bewegung

Am Anfang der 1970er Jahre beginnt in der Bundesrepublik Deutschland ein Wertewandel, der sich von „der Präferenz materieller zu postmateriellen Wertprioritäten“[2] bewegt. Laut dem amerikanischen Soziologen Ronald Inglehart, den Görtemaker zitiert, findet dieser Vorgang in jeder Gesellschaft statt, in der materielle und physische Sicherheit gegeben ist. In der Bundesrepublik wird dieser auch als „stille Revolution“ bezeichnete Wertewandel jedoch meist in Verbindung mit den ideologischen Wirkungen und dem „kulturellen Ruck[s]“[5] der Studentenbewegung von 1968 gesehen. Er beinhaltet das Bre-

chen mit traditionellen gesellschaftlichen Normen und stellt „persönliche Freiheit und Selbstentfaltung in allen Lebensbereichen“[3] in den Vordergrund. In Bildung und Erziehung werden antiautoritäre Methoden angestrebt, ebenso die reale Gleichheit der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern; Fragen der Umwelt erhalten einen neuen Stellenwert[4].

Dieser Wandel führt Anfang der siebziger Jahre zu der Entstehung „neuer sozialer Bewegungen“. Unter dem Begriff der neuen sozialen Bewegungen sind die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung, die Bürgerinitiativ-, Frauen-, und Alternativbewegung und einige andere zusammengefasst. Dieses breite Spektrum unterschiedlicher Strömungen sieht sich in den etablierten Parteien nicht repräsentiert und wirft ihnen mangelnde Integrationskraft vor. Besonders in der Frage der zivilen Nutzung der Atomenergie spiegelt sich in keiner der Parteien die entschiedene Ablehnung eines großen Teils der Bevölkerung wider[5].

Zunächst bilden sich die Bürgerinitiativen, die sich auf lokale Schwerpunkte konzentrieren[6]. Im Gegensatz zur Studentenbewegung von 1968 verfolgt die Bürgerinitiativbewegung nicht die Maximallösung mit dem Umsturz des kapitalistischen Systems, sondern glaubt an die Reformfähigkeit des Sozialstaats[7]. Laut Müller wirft „die rasch zunehmende Bedeutung der Bürgerinitiativen [...] die Frage auf, ob dies als Folge eines Versagens des politischen Systems zu werten sei, [...] ob der tatsächliche Bürgerwille über die Parteien nicht mehr in politischen Entscheidungsgremien zur Geltung komme.“[8] Festzustellen sei, „dass die Arbeit der Bürgerinitiativen das politische System der Bundesrepublik modifiziert hat: Der Monopolanspruch der politischen Parteien bei der politischen Willensbildung wurde zurückgedrängt“[8]. Seit Mitte der siebziger Jahre nennen sich Teile der Bürgerinitiativbewegung häufiger Ökologiebewegung. Das drückt laut Görtemaker einen „Bewusstseinswandel, der den Übergang von der Betonung basisdemokratischer Organisationsformen zu einem inhaltlichen Prinzip bedeutet[e]“[9], aus. Dadurch erfasst die Bewegung nicht nur Aktivisten der Bewegung selber, sondern auch Wissenschaftler, Verbände und Privatleute, die sich als ökologisch betrachten, solidarisieren sich mit der neuen Bewegung[10].

Ebenfalls Mitte der siebziger Jahre verschärft sich die atompolitische Kontroverse. Mit der Besetzung des Bauplatzes 1975 eines Atomkraftwerks in Whyl und die Verhinderung des Baus dieser Anlage wird eine neue Dimension außerparlamentarischer Tätigkeit sichtbar[11]. Das ganze Potenzial der Anti-Atomkraftbewegung wird jedoch erst bei den massiven Protesten gegen das Atomkraftwerk Brokdorf deutlich. Die überzogenen Aktionen der Polizei gegen die Atomkraftgegner ziehen die Medien auf die Seite der Demonstranten und machen über Nacht aus der Bewegung eine Massenbewegung[12]. Sich formierende Gegenkräfte seitens der Parteien und Gewerkschaften und die Erkenntnis, in den „paramilitärischen Auseinandersetzungen“[13] mit den hochgerüsteten

Polizeikräften keine Erfolgsaussichten zu besitzen, zwingen die Bewegung zum Umdenken. Trotz weiterer großer Massendemonstrationen werden nun zahlreiche Wahllisten als „parlamentarischer Arm einer außerparlamentarischen Bewegung“[14] gegründet.
Nachdem die Studentenbewegung an Bedeutung verloren hatte, kennzeichnen besonders die „Spontis“, wie sie sich selbst bezeichneten, die Situation an den Universitäten. Dies sind undogmatische Gruppen, die sich strikt von den marxistisch-leninistischen Konzeptionen der K-Gruppen, wie sie damals zahlreich vorhanden waren, distanzieren und abgrenzen. Sie treten für Autonomie, Selbstorganisation und ein Leben voller Spontaneität ein, und protestieren damit gegen die „Nüchternheit der materialistischen Gesellschaft“[15]. Die Sponti-Bewegung wird zumindest teilweise zum Wegbereiter der Alternativbewegung und der ab 1980 beginnenden Hausbesetzerbewegung[16].
Im Gegensatz zu den anderen Bewegungen wie z.B. die Ökologiebewegung ist die Alternativbewegung nicht auf einem „Ein-Punkt-Programm“[17] basierend, sondern versucht „das menschliche Dasein in seiner ganzen Vielfalt zu erfassen und zu verändern“[18]. Kreativität, Emotionalität und Spontaneität sind wichtige Werte dieser Bewegung, die besonders ausdrücklich in Kommunen und Wohngemeinschaften gelebt werden und ein „attraktives Gegenmodell zur industriellen Leistungsgesellschaft“[18] darstellen. Die Alternativbewegung ist zwar teils eine Zusammensetzung aus den verschiedenen neuen sozialen Bewegungen, geht aber eindeutig darüber hinaus und vertritt eigene Ansichten[19].

2.2. Bundesweite Situation

Vor allem aus den Bürgerinitiativen der Umweltschutzbewegung und aus verschiedenen Initiativen gegen die Atomkraft, aber auch aus der links-alternativen Szene werden seit dem Frühjahr 1977 in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik Deutschland grüne und bunte Listen gegründet, die sich an Kommunal- und Landtagswahlen beteiligen.
Im Oktober 1977 gewinnt die „Grüne Liste Umweltschutz“ (GLU), die ein eher konservatives Selbstverständnis besitzt, bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen einen Sitz im Kreistag von Hildesheim. Im Landkreis Hameln/Pyrmont kann die „Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke“, deren Gründung auf die „Bürgerinitiativen gegen Atomkraft Weserbergland“ zurückgeht, die sich gegen den Bau eines im Landkreis in der Gemeinde Grohnde Atomkraftwerks richten, mit 2,3% ebenfalls ein Mandat erringen[20,21].
Die weitere Entwicklung ist teils von einer gegenseitigen Konkurrenz zwischen eher links-alternativen „bunten“ Listen und konservativen ökologischen Listen geprägt. Während bei den niedersächsischen Landtagswahlen im Juni 1978 nur die GLU antritt und 3.8% der Stimmen erhält[22], konkurrieren bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am gleichen Tag eine GLU und eine „Bunte Liste – wehrt euch“. Die „Bunte Liste – wehrt euch“ erhält 3,5%, die GLU 1,0%[23]. In Berlin tritt die im Juni 1978 gegründete Alternative Liste (AL) zu der Wahl zum Abgeordnetenhaus im März 1979 an und erreicht 3,7%[24].

Im Juli 1978 tritt der Bundestagsabgeordnete der CDU Herbert Gruhl aus seiner Partei aus und gründet die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ), die erstmals auch überregional zu verschieden Wahlen antritt[20].

Zu weiteren Landtagswahlen treten im Oktober 1978 in Hessen und in Bayern ebenso grüne und alternative Listen an. In Hessen scheitert eine Grüne Liste Hessen mit 1,1% wie auch die GAZ mit 0,9%[20]. In Bayern schließen sich eine von CSU-Mitgliedern gegründete „Grüne Liste Bayern – Bund freier Wähler“ (GLB), die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD) die GAZ und zahlreiche andere Bürgerinitiativen zusammen, erreichen aber mit 1,8% auch kein herausragendes Ergebnis[20,25]. In ein Landesparlament kann erstmalig die Bremer Grüne Liste (BGL) einziehen, die bei den Bürgerschaftswahlen am 7. Oktober 1979 5,1% Prozent und damit 4 Mandate erreicht[20].

Zur Europawahl am 10. Juni 1979 schließen sich unter dem Namen „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) – Die Grünen“ bundesweit verschiedene eher konservativ geprägte grüne Listen zu einem Listenbündnis zusammen[20], aus unterschiedlichen Gründen beteiligen sich eher linke Gruppen nicht. Das Ergebnis von 3,2% ermuntert viele politisch Aktiven zur Gründung weiterer Wahlinitiativen für die 3 Monate später folgenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. In mehreren Gemeinden gelingt der Einzug in die Kommunalparlamente, in Ahaus erreicht eine Wählergemeinschaft von Atomkraftgegnern sogar 25,5%. Grund für die hohe Zustimmung zu dieser Vereinigung ist ein geplantes Atommüllzwischenlager an diesem Standort[21].

Im Januar 1980 wird in Karlsruhe aus der SPV–Die Grünen die Bundespartei Die Grünen gegründet. Im Oktober desselben Jahres tritt die Partei erstmals zu der Bundestagswahl an und erreicht 1,5%[26]. Vorher entstehen jedoch schon verschiedene Landesverbände der Partei Die Grünen, wie beispielsweise in Bayern im Oktober und in Niedersachsen im Dezember 1979[22,25].

2.3. Situation in Erlangen

2.3.1. Relevanz der Gründe in Erlangen

Als Universitätsstadt sind in Erlangen zahlreiche politisch aktive Studentenkreise anzutreffen, die nach dem Abflauen der Studentenbewegung von 1968 neue Richtungen entwickeln. Zunächst liegt der Schwerpunkt auf kommunistischen Gruppierungen, doch nach deren Zerbröckeln entsteht aus einem Zusammenschluss einiger Gruppierungen, deren Gemeinsamkeit in der Ablehnung und Distanzierung zu den dogmatischen K-Gruppen liegt, im Sommer 1976 eine Sponti-Bewegung[27]. Diese treibt die Entstehung einer parlamentarischen Vertretung grüner Politik in Erlangen maßgeblich voran.

Ein weiterer Grund für die Politisierung der Anhänger grüner Politik ist die örtlich ansässige Kraftwerksunion (KWU). Die KWU, damals drittgrößter Produzent von Atomtechno-

logie weltweit, ist für die Planung, Konstruktion und Organisation aller deutschen Kernkraftwerke verantwortlich[28]. Obwohl Erlangen nie direkt von Planungen für eine zivile atomare Anlage betroffen ist, ist der Protest gegen die KWU, ebenso wie die Unterstützung des Protestes gegen andere Anlagen, groß.

Abgesehen von der atomplanerischen Tätigkeit, widerspricht ein Großkonzern wie Siemens oder die KWU grundsätzlich den Idealen der alternativen Bewegung, die die Dominanz der Großkonzerne in dem vorherrschenden Wirtschaftssystem als Zerstörer der natürlichen Lebensgrundlagen sieht[29]. Auch der imperialistische Charakter und die Ausbeutung der Dritten Welt durch den Verkauf unsinniger Großprojekte[28] ist ein Kritikpunkt der links-alternativen Bewegung.

Als Standort der US-Armee erhält die linke Szene als Vertreter einer zumindest in Bezug auf deren Rüstungspolitik anti-amerikanischen und pazifistischen Position besonders aus dem studentischen Milieu verstärkten Zulauf[30].

Zudem entstehen auch andere alternative Initiativen in Erlangen. Die auto- und wirtschaftsfreundliche Politik, wie auch die „Ära des Hochhausbaus“[31] bieten diesen Initiativen ein breites Betätigungsfeld. Eine Übersicht über die wichtigsten einzelnen Bürgerinitiativen soll im folgenden Kapitel gegeben werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass einige wichtige Faktoren für die Entstehung der grünen Bewegung in Erlangen gegeben waren. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass die bundesweite Welle der neuen sozialen Bewegungen Erlangen auch ohne einen speziellen lokalen Anlass erreicht.

2.3.2. Die verschiedenen Bürgerinitiativen

Eine wichtige Rolle in der Erlanger Bürgerinitiativ-Landschaft spielt der Kommunalpolitische Arbeitskreis, der sich mit der allgemeinen kommunalpolitischen Situation in Erlangen auseinandersetzt. Nicht zu verwechseln mit parteiinternen Arbeitskreisen beteiligen sich an ihm verschiedene andere Bürgerinitiativen wie die Radlerinitiative, die Bürgerinitiative Mehr Demokratie, das Sozialistische Zentrum und einige aus den Jusos und der SPD Ausgetretene [32].

Die eben erwähnte Radlerinitiative ist im Prinzip ein Teil der oben aufgeführten Sponti-Bewegung und alternativen Szene in Erlangen, der in einer Wohngemeinschaft zusammenlebt. Da die Gruppe Initiativarbeit unter einem „politischen Fähnchen“[33] ablehnt, wird für die Veranstaltung einer Fahrraddemonstration im Sommer 1977 spontan der Name „Initiative Erlanger Radfahrer“ gewählt. Verbesserungen für den Radverkehr sind zwar sicherlich Teil der Bestrebungen, dennoch gehen die Anliegen dieser Initiative weit darüber hinaus[27].

Die Bürgerinitiative Mehr Demokratie will erreichen, dass Demokratie nicht allein den Parteien und mächtigen Interessensgruppen überlassen wird, sondern der ob des „Kli-

ma[s] der Unterdrückung unbequemer Meinungen“[34] verunsicherte Bürger zu einem freien, engagierten mündigen Bürger wird[35]. In ihr aktiv waren größtenteils Psychologen, die das Umfragewesen zu ihrer politischen Waffe machten[27].

Ein Zusammenschluss undogmatischer, basisdemokratischer Sozialisten ist das Sozialistische Zentrum, welches sich neben typisch sozialistischen Zielen für die Kommunalpolitik besonders im Bereich Arbeit und Gesellschaft auch für Projekte mit allgemeinpolitischer Bedeutung einsetzt[36].

Als typische Bürgerinitiative mit konkret lokaler – zunächst sogar nicht einmal stadtweiter – Zielsetzung ist die Bürgerinitiative Saumarkt. Nachdem mit der Umgestaltung des Altstädter Kirchplatzes zu einem lebenswerten Platz die eigentliche Zielsetzung erreicht und der Grund für die Entstehung entfallen ist, ist man von dem Erfolg ermutigt und will sich für die Umgestaltung der restlichen Stadt in eine lebenswerte Umgebung einsetzen[37].

Mit den Stadtindianern ist eine weitere alternative Gruppe tätig. Sie kritisieren die industrielle Massengesellschaft und treten für ein einfaches Leben ein[38]. Die Idee einer sandigen Fußgängerzone mit Bach zum Barfuss laufen und planschen veranschaulicht ihre Lebensvorstellung. Auch sie treten für eine lebenswerte Stadt ohne „Betonkäfige“[39] ein.

Schon beim Bau der Autobahn auf dem alten Ludwig-Donau-Main-Kanal tritt die Ökologiegruppe Erlangen in Form von massiven Protesten und Blockaden in Erscheinung[27]. Ihre Ziele sind der bestmögliche Erhalt des Naturraums und die Umstellung von „Technik und Wirtschaft wieder in den Dienst menschlicher Lebensverwirklichung“[40]. Eine wichtige Ausgründung aus ihr ist die Anti-Atomkraftwerks-Gruppe, die wie schon erwähnt zwar kein Bauvorhaben vor Ort zu verhindern hat, aber generell eine Abkehr von dieser Energiequelle fordert und auf deren Gefahren aufmerksam macht. Betätigungsfelder sind Kundgebungen, besonders gegen die KWU, und die Unterstützung des Protests gegen andere Atomkraftprojekte[27].

Nicht zuletzt gibt es noch einige kleinere Gruppierungen. So zum Beispiel die regional bezogenen Gruppen Fränkischer Bundschuh und Kommando Unabhängiges Franken. Mit der AG Reggae ist ein weiterer spontaneistischer Zirkel vor Ort; in der Bürgerinitiative Offenes Atelier schließen sich alternative Künstler und Kulturfreunde zusammen[41].

Obwohl die Frauenbewegung etwa in derselben Zeit entsteht, beobachtet sie das Entstehen und Wirken der Grünen Liste zunächst skeptisch und außenstehend. Erst im Laufe der ersten Legislaturperiode baut sie ihre Berührungsängste ab und stößt zur Grünen Liste. Sie lässt ihre Forderungen in die Arbeit der Grünen Liste einfließen, sieht sich aber nie als Teil derselben[30].

Zum Verständnis der damaligen Situation ist zu erwähnen, dass sich nicht alle Bewegungen klar voneinander abgrenzen lassen. Dies beruht zum einen auf der Tatsache, dass keine der Bewegungen eine feste Mitgliedschaft hat, zum anderen besteht vielfach

Personalunion. Man kann im Großen und Ganzen von einer Szene sprechen, die verschiedene Interessensschwerpunkte verfolgt[30].

2.3.3. Zusammenschluss und Gründung der Grünen in Erlangen

In Hinblick auf die Kommunalwahl am 3.März 1978 schließen sich die oben aufgeführten Bürgerinitiativen zusammen und gründen im Herbst 1977 die Grüne Liste als kommunale Wählervereinigung[6]. Damit entsteht in Erlangen im bundesweiten Vergleich relativ früh ein parlamentarischer Arm der außerparlamentarischen grünen Bewegung[42].

Die Motivationen zu diesem Schritt sind auch innerhalb der Grünen Liste verschieden. Die einen wollen in die Kommunalpolitik um wirklichen Einfluss auszuüben, da es so nicht mehr weitergehe[27]. Für andere geht es darum, „als echte Opposition zu kandidieren, das heißt weder die parlamentarischen Spielregeln anzuerkennen noch sich als wesentlichen Machtfaktor des Parlaments zu begreifen. [...] Die tatsächliche Veränderung [muss] in den Köpfen, auf der Straße und in sozialen Auseinandersetzungen stattfinden“[43]. Man will zunächst auf kommunaler Ebene aktiv werden, weil dort der Kontakt zwischen den Bürgern und deren Vertretern noch am ehestem sichtbar wird. Idealvorstellung ist, dass sich durch Bürgerinitiativen die grüne Bewegung bundesweit verankert und somit eine Veränderung der Gesellschaft erreicht wird[27].

Man will auch deshalb eine Verbindung zum Stadtrat, um „besser und früher an Informationen [zu] gelangen, die wiederum gezielteres politisches Eingreifen ermöglichen“[44].

Der Kreisverband Erlangen der Partei Die Grünen wird erst zwei Jahre später am 6. Dezember 1979 gegründet[45], der Landesverband Bayern ist bereits im Oktober gegründet worden, die Bundespartei wird einen Monat später im Januar 1980 gegründet. Initiatoren der Gründung sind Mitglieder der Grünen Liste, die befürchten, eine von anderer Seite gegründete Partei könnte zu einem Konkurrenten für die Grüne Liste werden. Dieser Sachverhalt bedeutet aber nicht, dass alle Mitglieder der Grünen Liste auch Mitglied der Grünen Partei werden. Befürworter einer Gegenkandidatur der Grünen Partei zu der Grünen Liste empfinden die Gründung der Partei durch Mitglieder der Grünen Liste als „Putsch“[27], was das zehn Jahre lange schlechte Verhältnis zwischen Partei und Liste erklärt[27].

3. Die Etablierung im Erlanger Stadtrat

3.1. Besonderheiten

Im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Deutschland haben sich in Erlangen die verschiedenen Initiativen zu einer Wahlliste zusammengeschlossen und nicht konkurrierend kandidiert. Konkurrenz findet somit nicht im Kampf um die Stimmen statt, sondern

bei inhaltlichen Fragen innerhalb der Liste[27]. Dies ist als wesentliches Detail für den sofortigen Erfolg der grünen Bewegung bei der Stadtratswahl zu werten.

Mit der Gründung des Kreisverbandes der Grünen Partei wirft sich wiederum die Frage über eine konkurrierende oder gemeinsame Kandidatur auf. Vor jeder Wahl wird dies erneut diskutiert – laut der Meinung einiger Mitglieder jedoch nur pro forma, da beide Seiten voneinander profitieren und separat nicht genügend Kandidaten für eine eigenständige Liste hätten. Bisher hat man sich jedes Mal für eine gemeinsame Kandidatur entschieden[27].

Während das Verhältnis zwischen Partei und Liste besonders im ersten Jahrzehnt von Konkurrenzdenken und divergierenden Meinungen geprägt war, hat es sich seit Ende der achtziger Jahre gebessert[30]. Einvernehmen besteht über die Regelung, dass die Partei ihren Schwerpunkt auf der Landes- und Bundesebene setzt, die GL mit einzelnen Parteimitgliedern ausschließlich auf kommunaler Ebene agiert[46].

Wie auch bei den Grünen auf der Bundesebene, gelten in Erlangen das imperative Mandat, Fraktionszwang und bis vor drei Jahren das Rotationsprinzip[47]. Letzteres beruht auf freiwilliger Basis, wird jedoch trotzdem von den meisten befolgt[6]. Das imperative Mandat besagt, dass die Basis – in dem Fall der durch andere GL-Mitglieder erweiterte Fraktionskreis[47] – die Richtlinien bestimmt, nach denen ein Stadtrat handeln und abstimmen muss. Das Rotationsprinzip sieht vor, einen Mandatsträger alle zwei Jahre gegen seinen Nachrücker auszutauschen. Dies solle einerseits vermeiden, dass langjährige Mandatsträger den Kontakt zur Basis verlieren und „betriebsblind“[48] werden. Andererseits bringe ein neuer Vertreter neue Ideen und frischen Wind ins Parlament[6]. Kritikpunkt an diesem Prinzip besonders seitens der politischen Gegner ist das fehlende Verständnis des Neuparlamentariers für die Funktionsweise des Apparats. Ob das Rotationsprinzip auf den Wähler abschreckend oder anziehend wirkt und somit die Etablierung der Grünen beeinflusst, ist ungelöst[49]. Aufgrund der dadurch entstehenden personellen Inkontinuität und der geringeren Bekanntheit der einzelnen Kandidaten, könnte es jedoch zu Stimmeneinbußen kommen, zumal ein Großteil der Wähler eine Persönlichkeitswahl betreibt[46].

Als weitere Besonderheit besteht seit 1996 eine Listenverbindung mit der ÖDP. Das heißt beide Wahllisten treten zwar gesondert an, ihre erreichte Stimmenzahl wird jedoch zusammen ausgewertet, danach die Sitze verteilt und dann die erhaltenen Sitze prozentual auf die beiden Listen aufgeteilt. Dadurch wird verhindert, dass Prozentpunkte gänzlich verloren gehen, sondern wenigstens einer politisch etwas näher stehenden Partei nützen[47][49].

Auf der Ebene der Kommunen gibt es offiziell keine Regierungskoalitionen. Das Stadtoberhaupt, der Bürgermeister, wird vom Bürger direkt und getrennt zum Gemeinderat gewählt. Rein formal müsste sich der Bürgermeister für jede Entscheidung seine Mehr-

heit im Parlament suchen[49]. In der Regel gibt es jedoch ein informelles Bündnis von Parteien, die eine Zusammenarbeit beschließen[48,49].

3.2. Wahlthemen

Die Grünen bringen neue, teilweise sehr radikale und provokante Themen in die Kommunalpolitik. „Das wichtigste war, Einfluss zu nehmen auf die Entscheidungsspielräume, die ein Kommunalparlament überhaupt hat, also Vorschläge in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Reproduktionsbereich usw. durchzubringen“[31].

3.2.1. Verkehr

Im Bereich der Verkehrspolitik treten die Grünen von Anfang an für eine autofreie Innenstadt und stark verkehrsberuhigte Wohngebiete mit ausschließlich Anwohnerverkehr ein. Dabei gehen die Forderungen 1978 so weit, eine Fußgängerzone zwischen Schwabach, Neuem Markt, Bahnhof und Lorlebergplatz oder weiter zu schaffen[32]. In späteren Programmen erscheint diese Forderung etwas aufgeweicht, 1996 ist nur noch von der Sperrung einzelner Straßenzüge die Rede. Da dies jedoch sämtliche Hauptverkehrsachsen der Innenstadt sind und nur als erster Schritt für eine gänzlich autofreie Innenstadt deklariert wird[50], erregt dies nicht weniger Aufsehen. Der restliche Teil der Innenstadt soll als Spielstraße ausgewiesen werden. Seit 1984 wird eine generelle Tempo-30-Zone im gesamten Stadtgebiet propagiert. Schadstoffausstoß und Unfallzahlen sollen dadurch gesenkt werden, die Attraktivität des Bus-, Rad- und Fußgängerverkehrs aufgrund des höheren Zeitaufwandes für Autofahrer gesteigert werden[51]. Weitere Parkflächen werden abgelehnt.

Kaum ein anderes Verkehrsprojekt beschäftigt den Erlanger Stadtrat länger und wird so kontrovers diskutiert wie ein weiterer Regnitztalübergang im Anschluss an die Werner-von-Siemens-Straße, der Kosbacher Damm. Seit ihrer Entstehung bis heute lehnen die Grünen diesen wie auch andere neue Talübergänge entschieden ab[52]. Keine andere Partei hat so früh und eindeutig Stellung gegen dieses Projekt bezogen.

Außerdem sind der Bau einer Stadt-Umland-Bahn (StUB)[53], eine massive Förderung des öffentlichen Nahverkehrs verbunden mit Fahrpreissenkungen bis zum Nulltarif und Maßnahmen zum Ausbau des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs Teil des verkehrspolitischen Konzepts der Grünen in Erlangen[51,53].

3.2.2. Wohnraum und Stadtbild

„Wir wollen die Innenstadt als Lebensraum erhalten bzw. wieder zurückgewinnen“[54] ist die Forderung der Grünen, die mehrere Ansatzpunkte umfasst.

1978 initiiert die GL den Slogan „Keine Häuser höher als Bäume“[55]. Damit wird die Forderung nach dem Verzicht auf bzw. dem Abriss von Hochhäusern anschaulich ausge-

drückt, wobei auch Einzelhausbebauung aus Gründen der Zersiedelungsgefahr und Verschwendung von Naturraum abgelehnt wird. Statt der Ausweisung neuer Entwicklungsgebiete am Stadtrand soll die Innenstadt verstärkt wiederbesiedelt werden und zum „Besonderen Wohngebiet“[56] (WP1984) erklärt werden. Das belebt die Innenstadt und verringert Pendlerverkehr[54].

Akuter Wohnraummangel bzw. die Überteuerung der Mietpreise macht es notwendig, neuen Wohnraum zu schaffen und alten zu erhalten. Dabei wird das Vorgehen der Stadt Erlangen bezüglich dem Abriss bestehender Gebäude zugunsten neuer „Betonbauten“[57] deutlich kritisiert: „Wir haben was gegen die von der Stadt praktizierte „Altstadtsanierung“: alte Häuser mit billigen Wohnungen werden abgerissen und stattdessen entstehen (...) scheußlich aussehende Spekulationsobjekte mit Beton-Einheits-Look“[58]. Dieser Punkt ist besonders in den 1980er Jahren bedeutend, als verschiedene Hausbesetzungen stattfinden.

Zentralisierte Großprojekte wie Einkaufszentren, Banken- und Industriezentren werden abgelehnt[59].

3.2.3. Energie und Umwelt

Neben den üblichen grünen Positionen wie maximal mögliche Energieeinsparungen, der Einsatz alternativer Energiequellen und der vollständige Verzicht auf Kernenergie, treten die Grünen in Erlangen für die Dezentralisierung der Energieversorgung, den schrittweisen Verzicht auf Großkraftwerke und den Einsatz von Blockheizkraftwerken ein. Blockheizkraftwerke sind kleine Einheiten, die sowohl Energie als auch Wärme dezentral und verbrauchernah zur Verfügung stellen. Strompreise sollen progressiv gestaltet werden, das heißt, wer viel verbraucht, zahlt einen höheren Grundpreis[60].

Besonders polarisierend ist in den achtziger und neunziger Jahren energiepolitisch gesehen die geplante Erweiterung des Kraftwerks Franken II um einen weiteren, doppelt so großen wie der schon bestehende Block, genannt Franken III. Sie wird im Oktober 1980 beantragt und erst mit der Verschiebung des Baubeginns auf unbestimmte Zeit 1994 aufs Eis gelegt[61]. Die Grünen sind von Anfang an gegen diese Erweiterung.

Ebenso bekämpfen die Grünen in den neunziger Jahren eine in Erlangen geplante Müllverbrennungsanlage[62], deren Baubeginn für 1996 angesetzt ist[61]. Stattdessen solle Müllvermeidung, durchgesetzt mittels Verpackungssteuer und Verboten für bestimmte Verpackungen und die Einführung eines Recyclingsystems, oberste Priorität besitzen[62].

3.2.4. Frieden und Ausländer

Nach der Entstehung der Friedensbewegung 1980 und deren Einreihung in die Grüne Partei wird seit der Kommunalwahl 1984 die ersatzlose Auflösung der ortsansässigen US-Garnison verlangt[63]. Schieß- und Übungsplätze sollen verbannt werden und jegliche

Unterstützung von NATO-Aktionen eingestellt werden. „Erlangen [soll] NATO-freie Zone“[64] werden. Mit dem Abzug der Amerikanischen Truppen im Jahr 1994 ist diese Forderung hinfällig.
Vor dem Fall der Mauer werden als friedenssichernde Maßnahme Partnerschaften mit Städten aus dem Ostblock angestrebt. Hieraus sind die Partnerschaften mit Jena und Wladimir entstanden. Zudem soll der Kontakt zu staatsunabhängigen Bewegungen innerhalb der Sowjetunion gehalten bzw. aufgebaut werden[65].
Für Ausländer wird die rechtliche Gleichstellung gefordert, insbesondere die Gewährleistung des Daueraufenthaltrechts und das aktive und passive kommunale Wahlrecht[66].
Zudem wird zur Solidarität mit Mittelamerika und der Dritten Welt allgemein aufgerufen, die in Form von Partnerschaften und Öffentlichkeitsarbeit realisiert werden soll[67,68].

3.2.5. Frauen

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau muss real erreicht werden. Frauen sollen eigene Treffpunkte, Räume und Gelder erhalten, dazu ist die Unterstützung des Frauenzentrums und des Frauenhauses auszubauen. Gewalt gegen Frauen soll verhindert werden, Maßnahmen hierzu wären „Strafverfolgung von Vergewaltigung und sexueller Nötigung auch innerhalb der Ehe“[69], oder Einrichtung bezahlter Nachttaxis für Frauen. Mit der Forderung nach einem Ausgehverbot für Männer nach 22 Uhr, um die Sicherheit der Frauen vor sexuellen Überfällen zu gewährleisten, wird wieder einmal der provokante Charakter grüner Politik deutlich.
Zudem soll durch die Abschaffung des §218 die Selbstbestimmung über den eigenen Körper in Form der legalen Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs erreicht werden[70].

3.3. Jahresabhängige Themen inhaltlicher und formeller Art

Ein bedeutendes Thema zur Wahl 1978 ist der Bau einer Hoch-Bahn (kurz H-Bahn) in Erlangen. Die GL lehnt diese ab, da sie für Erlangen überdimensioniert, zu teuer und nur ein „Referenzprojekt“[31] für Siemens sei; das Angebot des öffentlichen Busverkehrs würde sich verschlechtern. In der Abstimmung im Stadtrat gewinnen die H-Bahngegner – mit einer Stimme[27]. So wird schon bald nach Einzug in den Stadtrat ein prestigeträchtiges Projekt verhindert, das ohne die GL vermutliche gebaut worden wäre.
Vor der Wahl 1984 sprechen sich die Grünen gegen ein Neubaugebiet im Stadtwesten, auch Entwicklungsgebiet West genannt, aus[54].
Nach der Wahl 1984 vereinbaren die SPD und die Grünen die Zusammenarbeit im Stadtrat für die kommende Legislaturperiode[30]. Dieser Zusammenschluss würde mit 26 Stimmen die Mehrheit im 50-köpfigen Stadtrat sichern. Dies ist insofern höchst brisant, da die Grünen sich eigentlich als „echte Opposition“[43] im Parlament verstehen und sie

noch im Wahlkampf verkündeten, „Eigenständigkeit statt zweifelhafter Machtbeteiligungen“[43] anzustreben. Innerhalb der Grünen wird die Entscheidung äußerst kontrovers diskutiert und belastet das Klima deutlich. Es findet sich jedoch eine Mehrheit, die die Zusammenarbeit und Machtbeteiligung befürwortet. Wie bei einer der etablierten Parteien ist die Motivation für diese Entscheidung die Hoffnung, politische Entscheidungen im eigenen Sinn zu beeinflussen. In den Kernthemen der Grünen soll jedoch kein Kompromiss eingegangen werden. Zweieinhalb Jahre später zerbricht dieses Bündnis bei der Verabschiedung des Haushalts für 1987 an dort eingeplanten Mitteln für die Hochbrücke der Werner-von-Siemens-Straße[30]. Es ist sehr erstaunlich, dass die Grünen trotz ihres gegenteiligen Selbstverständnisses sich schon in ihrer zweiten Stadtratszeit an der „Regierung“ beteiligen.
1990 sprechen sich die Grünen gegen den seit 1986/87 von SPD/CSU/FDP angedachten Gewerbepark zwischen Eltersdorf, Ronhof und Bislohe aus.

3.4. Bürgerinitiativen und Externe Aktivitäten

Die Aktivität der Grünen in vielen Bürgerinitiativen kann durchaus auch als Teil ihrer politischen Arbeit angesehen werden. Dabei ist jedoch zu betonen, dass die Grünen Bürgerinitiativen eher stark unterstützen, als sie selber zu initiieren oder unter ihrem „Parteifähnchen“[33] laufen zu lassen[6]. Die Unterstützung reicht von einfacher Stellungnahme und Werbung für die Belange der Initiative, bis hin zu personellen Verflechtungen zwischen den Aktiven der Initiative und den Grünen. Da solche Bürgerinitiativen die Positionen der Grünen im Alltag veranschaulichen und zudem als „Durchlauferhitzer“ (Heiner) für Aktive zu potentiellen Grünwählern fungieren, sind sie für die Etablierung der Grünen nicht wegzudenken. Im Folgenden soll eine Auswahl der Initiativen vorgestellt werden.

Bürgerinitiative Maximiliansplatz

Aufgrund des Wohnraummangels an billigen Studentenunterkünften und Sozialwohnungen besetzt eine Gruppe von Studenten in der letzten Maiwoche 1978 eines der leer stehenden Häuser der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt (Hupfla) am Maximiliansplatz 3. Ihr Protest richtet sich gegen die Vernichtung billigen Wohnraums durch die Praxis der Stadt Erlangen und der Universität, alte Häuser abzureißen und durch neue, teuere, unschöne Betonbauten zu ersetzen[71]. Diese Aktion läuft unter dem Namen Bürgerinitiative Maximiliansplatz um an die Presse treten zu können, besteht aber im Wesentlichen aus der damaligen „Freak-Szene“[33], aus der sich auch die Grüne Liste formiert hat. Das Haus Maximiliansplatz 3 bleibt für die nächsten 20 Jahre für WGs erhalten, der Rest der Hupfla wird jedoch abgerissen. Es folgen weitere Hausbesetzungen in der Innenstadt[30].

Da das Thema Wohnraummangel eine in Erlangen weit verbreitete Problematik war, ist anzunehmen, dass die Grüne Liste mit dieser Aktion ihre Verankerung in der Basis weiter verfestigt hat.

Bürgerinitiative gegen die Munitionsbunker

Als 1979 die US-Garnison ihr Vorhaben bekannt gibt, im Reichswald bei Uttenreuth eine Anlage mit zunächst 47 Munitionsbunkern und weiteren 92 in Planung zu bauen, formiert sich eine breite Protestbewegung[72]. Abgesehen davon, dass nicht nur das linke Spektrum gegen Aufrüstung in einem so dicht besiedelten Gebiet ist, erhält dieses Vorhaben besonders deshalb Brisanz, da die für die dortige Einlagerung vorgesehenen Sprengköpfe sowohl konventionell, als auch atomar und chemisch bestückbar sind[,73].
Dass eine solche Initiative tatsächlich als „Durchlauferhitzer" fungieren kann, zeigt der Wahlerfolg der Grünen Alternativen Liste 1984 in Uttenreuth. Da auch in Erlangen dieses Thema die Bevölkerung beherrscht, ist von einer ähnlichen Konsequenz auszugehen. Trotz des breiten Protests wurden ein Teil der Bunker gebaut[73].

Bürgerinitiative Rettet das Regnitztal

Im selben Jahr bildet sich eine Bürgerinitiative, deren Ziel es ist, den Kosbacher Damm zu verhindern und somit Naturraum im Regnitztal zu erhalten und die Stadt vor noch mehr Verkehr zu bewahren. Da dies exakt der Standpunkt der Grünen Liste ist, unterstützt sie diese Initiative[74].

Bürgerinitiative gegen die Erweiterung von Franken II

Diese Gruppierung entsteht 1982 aus dem Anlass heraus, dass der Betreiber des Kraftwerks Franken II eine Erweiterung der bestehenden Anlage von derzeitig 350 Megawatt um 750 MW plant und beantragt. Die Grünen arbeiten bei der Initiative tatkräftig mit[75].

Volkszählungsboykott

Anlässlich einer geplanten „Volks- und Berufszählung mit gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen"[76] durch den Bund, bei der laut Meinung der Gegner kein Schutz vor Zugriff auf die Daten durch Dritte gewährleistet ist, und die außerdem gegen das Rechtsstaatsprinzip verstößt, formiert sich bundesweit eine Protestbewegung, die von der Bundespartei, den Landesverbänden und den Kreisverbänden der Grünen Partei unterstützt wird, so auch in Erlangen [77]. Die Volkszählung wird durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil aus datenschutzrechtlichen Bedenken verschoben und erst 1987 mit Abänderungen im Fragenkatalog durchgeführt. Aus dem BVerfG-Urteil resultiert das Recht auf informationelle Selbstbestimmung[,].

3.5.Wahlstatistik

3.5.1. Wahlergebnisse

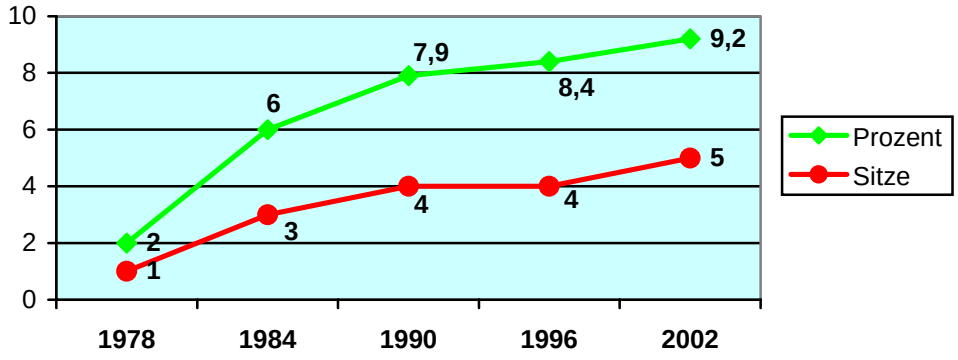


Diagramm 1: Kommunalwahlergebnisse der Grünen in Erlangen von 1978 bis 2002[78,...]

Gleich bei der ersten Kandidatur erreicht die Grüne Liste 1978 mit 2,0% der Stimmen einen Sitz im Erlanger Stadtrat. Wolfgang Lederer vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis übernimmt den Posten für das erste Jahr als erster grüner Stadtrat Bayerns und als einer der ersten bundesweit. Ihm folgt 1979 Peter Pluschke, der wiederum nach zwei Jahren von Theodor Ebert abgelöst wird[27].

Seitdem verbessern sich die Kommunalwahlergebnisse der Grünen stetig. Bei den nächsten Wahlen treten zum ersten Mal die Grüne Partei und die Grüne Liste zusammen an und erreichen mit 6,0% der Stimmen 3 Sitze[79].

1990 stellen die Grünen mit Ingrid Säckel erstmalig eine eigene OB-Kandidatin zur Wahl, die 3,5% der OB-Wahlstimmen auf sich vereinigen kann[80]. Der Landesverband hatte zu einem solchen Schritt aufgerufen, da es die grünen Positionen verdeutliche und sich positiv für das Gesamtergebnis auswirke[81]. Die Liste erhält einen Sitz mehr als in der vorigen Periode mit 7,9%[82] der Stimmen.

Bei den Wahlen 1996 und 2002 treten Dr. Pierrette Herzberger-Fofana (3,0%) und Claudia Bittner (2,8%) als OB-Kandidatinnen an. Die Liste steigert ihr Ergebnis weiter und erhält 2002 dank der Listenverbindung mit der ÖDP mit 9,2% der Stimmen einen fünften Stadtratssitz hinzu[83,84].

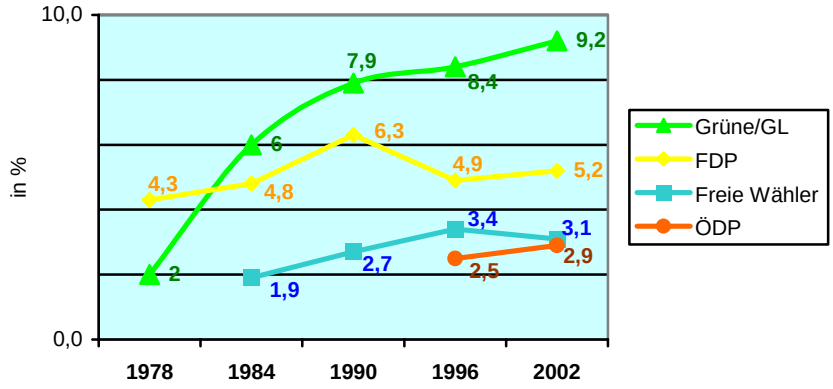


Diagramm 2: Die Grünen im Vergleich mit der F.D.P., F.W.G. und der ödp''''

Im Vergleich mit den anderen Parteien zeigt sich, dass die Grünen sich sehr bald als drittstärkste Kraft nach SPD und CSU profiliert haben. Ab 1990 erscheint es unwahrscheinlich, diesen Status kurzfristig wieder zu verlieren.

3.5.2. Hochburgen und Wählerspektrum

1984 liegt das Hauptpotenzial der Grünen in der Nordstadt am Burgberg, während es sich in den folgenden Wahlen immer mehr Richtung Innenstadt verschiebt[85]. Diese Tatsache deutet Grillenberger so: Während sich anfangs die Wählerschaft der Grünen eher aus dem studentischen Milieu und den Jungwählern gut situierter Eltern rekrutiert habe, die mit dem Wahlverhalten spielen und oppositionell wählen wollen, habe sich heute ein bürgerlich-linkes Spektrum etabliert, die die Grünen als ernstzunehmende Alternative erachten.

Zusätzlich zu dieser Beobachtung lassen sich im Wahlverhalten auch Reaktionen auf aktuelle politische Themen feststellen. Beispielsweise lässt sich nach der Munitionsbunkerinitiative bei der Wahl 1984 an der Stadtgrenze zu Buckenhof eine hohe Bereitschaft feststellen, grün zu wählen[85]. Dies stützt wiederum die These des „Durchlauferhitzers“[27] von Bürgerinitiativen: Bürger werden wegen eines Sachverhalts aktiv und unterstützen die Partei, die ihnen in der Angelegenheit nahe steht, über die Zeit der eigenen Aktivität hinaus.

3.5.3. Vergleich der Erlanger Wahlergebnisse mit bayerischen Ergebnissen

Um ein Fortschreiten der Etablierung der Grünen in Erlangen bewerten zu können, erscheint es sinnvoll, Erlanger Wahlergebnisse mit denen anderer Regionen der Bundesrepublik zu vergleichen. Im Folgenden sollen die Erlanger Ergebnisse im bayernweiten Durchschnitt der kreisfreien Städte eingeordnet werden. In Kapitel 4.3. wird ein exemplarischer Vergleich mit diversen andern Bundesländern angestellt.

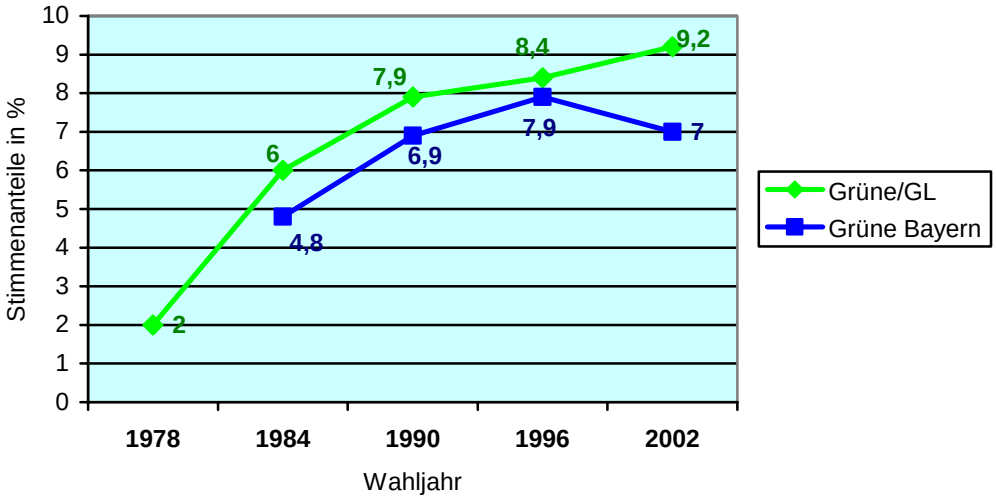


Diagramm 3: Kommunalwahlergebnisse der Grünen Erlangens im Vergleich mit dem Durchschnitt aller kreisfreien Städte Bayerns[,,,,,86]

In diesem Diagramm wird deutlich, dass Erlangen nicht nur Bayerns ersten grünen Stadtrat hatte, sondern die grünen Wahlergebnisse auch durchgehend überdurchschnittlich gut sind.

3.6. Stil und Methoden der politischen Arbeit

Anfangs ist der Stil der Grünen Liste geprägt von Humor und Provokation, man formuliert Forderungen und Anträge überspitzt und legt wenig Wert auf Ernsthaftigkeit. Durch diese Mittel will man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen und auf verdeckte Missstände aufmerksam machen. Man will „den Finger gegen den Stachel drücken“[48], einen Appell aussprechen, und nicht die „gestalterische Mehrheit um jeden Preis“[48].

Beispiele hierfür wären ein Spaten als Geschenk für Bürgermeister Lohwasser, mit der ironischen Aufforderung, den Bau des Kosbacher Damms zu beginnen[78]. Eine andere „freakige“[33] Aktion ist die Verteilung von Bananen an alle Stadträte, womit Erlangen aufgrund der zuvorkommenden Politik gegenüber Siemens als Bananenrepublik entlarvt werden soll[27]. Eine weitere provokante Forderung ist die erwähnte Ausgangssperre für Männer nach 22 Uhr, doch sie erreicht ihren Sinn: Sie polarisiert und schafft Aufmerksamkeit; und deckt dabei den Missstand auf, dass nächtliches Ausgehen der Frauen allein schon strafmildernd für einen eventuellen Vergewaltiger wirkt[6]. Herr Hann zieht einen Vergleich zur Theorie der Spassguerilla von Fritz Teufel: „etwas Verbotenes tun und Spaß dabei haben, aber nicht die Großen schweren Sachen“. Andere sehen die Angelegenheit von Anfang an ernster: „Wenn ich schon im Parlament bin, dann kann ich auch mitregieren, dann habe ich den Schritt ja schon getan“[27].

Mit dem Fortschreiten der Etablierung der Grünen in Erlangen kann man das Vertrauen der Bürger auch deshalb steigern, weil man immer öfter beweist, auch ernsthafte Politik

betreiben zu können. Inzwischen werden die Grünen sowohl vom Stadtrat, als auch von der Verwaltung und den Bürgern ernst genommen[6].

3.7. Politische Konkurrenz

Anfang der achtziger Jahre tritt der ehemalige CDU-Abgeordnete und Gründer der GAZ Herbert Gruhl aus der Bundespartei Die Grünen aus, da sie ihm zu links eingestellt ist. Er gründet 1982 die als ökologisch-konservativ geltende Partei ÖDP als Gegenpartei zu den Grünen'.

In Erlangen tritt die ÖDP erstmals zur Kommunalwahl 1996 an[83]. Die ÖDP „knabber[e] zwar am grünen Wählerpotential"[33], jedoch finde vielfach gute Zusammenarbeit statt. Außerdem besteht wie erwähnt eine Listenverbindung zwischen den Grünen und der ÖDP, was beides auf ein Verhältnis schließen lässt, das wenig von Konkurrenzdenken geprägt ist. Die Zusammenarbeit und die Listenverbindung sind jedoch nicht auf Dauer, sondern von den Personalien der ÖDP abhängig[33].

Laut Harald Bußmann sei es auch den linken Positionen in der Grünen Liste zu verdanken, dass andere politische Konkurrenten wie zum Beispiel die PDS bis 2005 keinerlei Tendenzen zeigten, in Erlangen anzutreten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es kaum nennenswerte Konkurrenz für die Grünen in Erlangen gibt, die die Etablierung behindern könnte.

4. Die Grünen im Landkreis Erlangen-Höchstadt

4.1. Gründung des Kreisverbandes

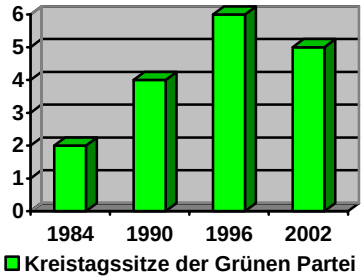
Zunächst gibt es im Landkreis Erlangen-Höchstadt keinen eigenen Kreisverband, sondern einzelne politisch Aktive aus der Umgebung wirken im Kreisverband Erlangen mit, der als Kreisverband für Stadt und Land fungiert. Erst als in der Periode nach der Wahl 1984 massive Uneinigkeiten in stadtspezifischen und persönlichen Angelegenheiten, die für den Landkreis nicht von Relevanz sind, die politische Arbeit schwer behindern[46], gründet sich 1989[87] ein eigener Kreisverband für den Landkreis. Die Wahlthemen sind die allgemeinen Grünen Ziele mit Schwerpunkt auf dem Umweltschutz, jedoch im Allgemeinen nichts Außergewöhnliches[46].

Im Zuge eines allgemeinen Aufschwungs der Partei – man beachte den Einzug in den Bundestag 1983 – wollte man für möglichst viele Wahlen kandidieren. So bewerben sich die Grünen 1984 für den Kreistag des Landkreises Erlangen-Höchstadt und den Gemeinderat in Buckenhof, während eine Grüne und Alternative Liste (GAL) sich in Uttenreuth zur Gemeinderatswahl aufstellt[46]. Der erste Schritt für das Ausweiten der politischen Präsenz auf den Landkreis ist damit getätigt.

Bis heute stellt der Mangel an politisch Aktiven ein großes Problem für die politische Arbeit im Landkreis dar. Obwohl längst nicht nur Parteimitglieder auf der Liste der Grünen kandidieren, gibt es in vielen Gemeinden nicht einmal genügend Kandidaten, um eine Liste aufstellen zu können[46].

4.2. Wahlergebnisse

Im Kreistag erreicht die Grüne Partei 1984 zwei Sitze und steigern sich seitdem mit Ausnahme der letzten Wahl 2002 stetig. So gab es 1990 vier und 1996 sechs grüne Abgeordnete im Kreistagsparlament.



Quelle: ' ' '

Tabelle 1: Gemeinderatssitze grüner Wahlvorschläge im Landkreis Erlangen-Höchstadt[,88,89,]

		1984	1990	1996	2002
Uttenreuth	Grüne/Alternative Liste (GAL)	1	2	2	2
Buckenhof	Grüne Partei	2	-	-	-
Heroldsberg	Grüne Partei	-	4	3	2
Kalchreuth	Grüne Partei	-	-	1	1
Herzogenaurach	Grüne Partei	-	1	3	3
Eckental	Grüne Partei	-	-	2	2
Adelsdorf	Grüne Partei	-	-	1	1
Möhrendorf	Grüne Partei	-	-	1	-
Höchstadt	-	-	-	-	-

In den Gemeinden des Landkreises kann jedoch keine homogene Erfolgsgeschichte vorgewiesen werden. Nur in einzelnen Gemeinden schaffen die Grünen den Sprung in den Gemeinderat. Zwar erreichen die Wahlvorschläge 1984 in Uttenreuth einen und in Buckenhof zwei Gemeinderatssitze, doch in Buckenhof kann schon 1990 mangels genügend Aktiver keine Liste mehr kandidieren[46]. In Uttenreuth gewinnt die GAL 1990 einen Sitz hinzu und ist seitdem konstant mit 2 Gemeinderäten vertreten. 1990 kommen auch in anderen Gemeinden Gemeinderäte hinzu, wie beispielsweise in Heroldsberg, wo die Grünen vier Gemeinderäte stellen. Erst 1996 kann man mit dem Einzug der Grünen in die Gemeinderäte von Eckental, Adelsdorf, Kalchreuth und Möhrendorf von einer nicht nur sporadisch auftretenden Grünen Gemeinderatsvertretung zumindest in den größeren Gemeinden sprechen. Deren Stärke ist jedoch nicht sonderlich ausgeprägt. In Uttenreuth, Heroldsberg und Herzogenaurach kann man davon ausgehen, dass sich die Grünen als politische Kraft etabliert haben. Dort sind sie über mehrere Jahre hinweg relativ gut vertreten und erhalten Wahlergebnisse, die mit über zehn Prozent sogar höher als in der Stadt Erlangen liegen[88]. In Höchstadt hingegen kann sich bis heute aus Personalmangel keine Wahlliste bilden[46].

4.3. Einordnung der Ergebnisse im Vergleich mit anderen Bundesländern

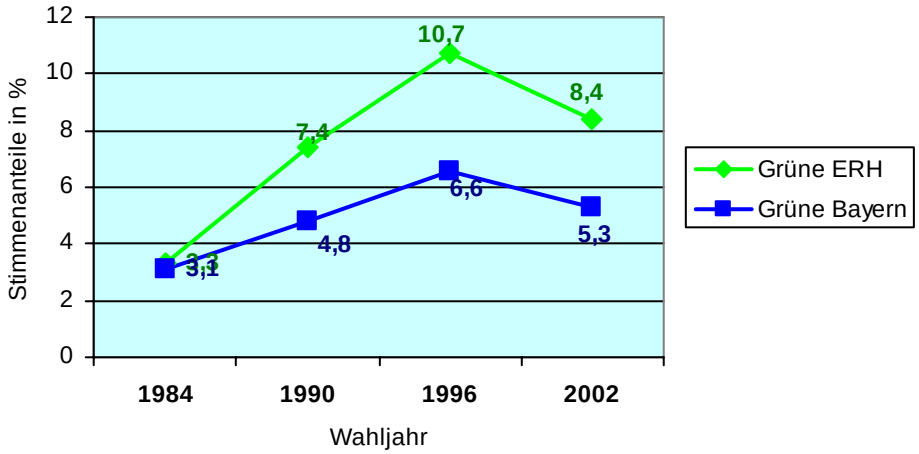


Diagramm 4: Kreistagswahlergebnisse des Landkreises ERH und bayernweiter Durchschnitt im Vergleich[,90,91,92,93]

Auch im Landkreis erreichen die Grünen überdurchschnittliche Ergebnisse, teilweise sogar bessere als bei den Stadtratswahlen in Erlangen und dem Durchschnitt der bayerischen kreisfreien Städte (vgl. Diagramm 3).

Für den Vergleich der Wahlergebnisse mit anderen Bundesländern muss angemerkt werden, dass aus Gründen der statistischen Verfügbarkeit nur ein Vergleich der Stadtrats- und Kreistagswahlen zusammen möglich ist. Außerdem ist zu erwähnen, dass kein bundesweiter Durchschnitt verfügbar ist, und die Wahljahre der Bundesländer versetzt sind und unterschiedliche Zyklen aufweisen. Es wurden exemplarisch einige Bundesländer hierfür herausgegriffen und mit dem Durchschnitt der Ergebnisse aus der Stadt Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt verglichen.

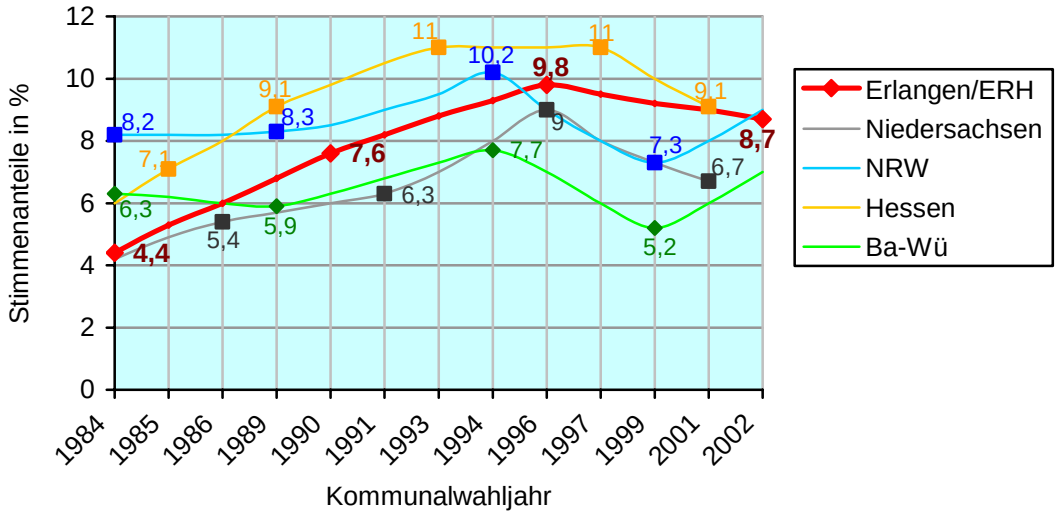


Diagramm 5: Kreistags- und Stadtratswahlergebnisse der Grünen diverser Bundesländer und Erlangen/ERH[,,,,,,,,,94]

Auch im Vergleich mit anderen Flächenstaaten bewegen sich die Stadt und der Landkreis im Mittelfeld. Nur ein Stadtstaat wie Hamburg gibt andere Dimensionen vor, dort liegen die Ergebnisse immer deutlich über 10%, was den Ruf der Grünen als städtische Partei unterstreicht[95]. Daraus lassen sich auch die guten Ergebnisse im städtisch geprägten Nordrhein-Westfalen erklären. Erlangen und der Landkreis Erlangen-Höchstadt sind innerhalb Bayerns relativ „grün“, im bundesweiten Vergleich mittelmäßig.

5. Abschließende Wertung

Die Etablierung der Grünen ist erstaunlich schnell vonstatten gegangen. Schon in der zweiten Legislaturperiode ab 1984 gehen sie ein Regierungsbündnis mit der SPD ein. Auch steigert sich bei derselben Wahl das Wahlergebnis ums dreifache und die Grünen überholen die langjährig im Erlanger Stadtrat etablierte FDP, wodurch sie nach SPD und CSU drittstärkste Kraft im Stadtrat sind. Man ist versucht, schon nach der Wahl 1984 von den Grünen als wesentlichem politischen Faktor im Erlanger Politikgeschehen zu sprechen. Dies ist sicherlich richtig, man sollte ein Urteil bezüglich einer dauerhaften Etablierung jedoch nicht zu voreilig fällen. Es bleibt zu bedenken, dass der Erfolg 1984 auch zunächst auf einer allgemeinen Euphoriestimmung, beispielsweise ausgelöst durch den Einzug der Partei in den Bundestag 1983, beruhen könnte und dadurch nur von kurzer Dauer sein könnte. Es muss abgewartet werden, wie der Wähler auf die Regierungsbeteiligung im Erlanger Stadtrat oder andere kommunal- und bundespolitische Ereignisse reagiert und ob er bei der nächsten Wahl den Grünen in Erlangen ein ähnlich hohes Maß an Vertrauen ausspricht. Dies ist 1990 der Fall, als sich das Wahlergebnis abermals steigert und den Abstand zur FDP noch größer werden lässt. Zudem setzt die Wahlliste mit der Aufstellung eines eigenen OB-Kandidaten ein Zeichen, ein vollwertiger und ernst zu nehmender Faktor der Kommunalpolitik zu sein. Auch dürfte sich durch die Aktivierung der Bürger in den verschiedensten Initiativen und durch den Wandel der Grünen zu mehr Ernsthaftigkeit ein verlässliches Wählerpotenzial etabliert haben. Erst jetzt kann davon ausgegangen werden, dass die Präsenz der Grünen von Dauer und nicht nur ein kurzes Zwischenspiel ist. Somit kann man ab der Wahl 1990 von einer festen Etablierung der Grünen in Erlangen sprechen.

Im Landkreis kann bis heute nicht von einer flächendeckenden Etablierung gesprochen werden, sie findet verzögert und sehr inhomogen statt. Im Kreistag erreichen die Grünen sehr schnell ein hohes Niveau, man kann dort von Etablierung und politischer Stärke seit etwa 1990 sprechen. Anders sieht es in den Gemeinden aus, dort sind die Grünen nur vereinzelt präsent und politisch einflussreich. Es kann höchstens von lokal begrenzter Etablierung in einigen Gemeinden gesprochen werden.

1 Vgl. Rytlewski/Wuttke, S.110[a]
2 Görtemaker, S.272[a]
3 Görtemaker, S.273[a]
4 Vgl. Görtemaker, S.271f.a
5 Vgl. www.gruene-niedersachsen.de[g]
6 Vgl. Hann[b]
7 Vgl. Görtemaker, S.275[a]
8 Müller, S.409[a]
9 Görtemaker, S. 277[a]
10 Vgl. Görtemaker, S.277f[a]
11 Vgl. Görtemaker, S.274[a]
12 Vgl. Gleiss[g]
13 Görtemaker, S.279[a]
14 Görtemaker, S.280[a]
15 Görtemaker, S.284[a]
16 Vgl. Görtemaker, S.283f[a]
17 Görtemaker, S.285[a]
18 Görtemaker, S.285[a]
19 Vgl. Görtemaker, S.284f[a]
20 Vgl. www.gruene-partei.de, Vorgeschichte[g]
21 Vgl. www.wikipedia.org[g]
22 Vgl. www.gruene-niedersachsen.de[g]
23 Vgl. www.statistik-hh.de, Bürgerschaftswahl 1978[g]
24 Vgl. www.statistik-berlin.de[g]
25 Vgl. www.bayern.gruene-partei.de[g]
26 Vgl. www.gruene-partei.de, Die ersten Jahre[g]
27 Vgl. Grillenberger[b]
28 Vgl. WL No100 12/86, S.13[e]
29 Vgl. Müller, S.411[a]
30 Vgl. G. Bußmann[b]
31 Lederer, AKP[e]
32 Vgl. GL 78, S. 5[e]
33 Grillenberger[b]
34 GL 78, S.9[e]
35 Vgl. GL 78, S.9[e]
36 Vgl. GL 78, S.17[e]
37 Vgl. GL 78, S.11[e]
38 Vgl. Lederer, Raumzeit[g]
39 GL 78, S. 10[e]
40 GL 78, S. 13[e]
41 Vgl. Lederer, AKP[e]
42 Vgl. H. Bußmann[b]
43 Lederer, Raumzeit[g]
44 GL 78, S. 17[e]
45 Vgl. WL No33 12/79, S. 13[e]
46 Vgl. Hirschmann[b]
47 Vgl. Wening[b]
48 Hann[b]
49 Vgl. H. Bußmann[b]
50 Vgl. WP 1996, S. 9[d]
51 Vgl. WP 1984, S.9f.[d]
52 Vgl. GL 78, S.6[e]
53 Vgl. WP 1990, S.5[d]
54 Vgl. WP 1984, S.11[d]
55 GL 78,S.4[e]
56 WP 1984, S.11[d]
57 WP 1984, S.10[d]
58 GL 78, S. 11[e]
59 Vgl. WP 1984, S.4[d]
60 Vgl. WP 1984, S.12[d]
61 Vgl. EN 8.12.94[e]

62 Vgl. WP 1990, S.14f[d]
63 Vgl. WP 1984, S.6f[d]
64 WP 1984, S.7[d]
65 Vgl. WP 1984, S.3[d]
66 Vgl. WP 1984, S.17[d]
67 Vgl. WP 1984, S.21[d]
68 Vgl. WP 1990, S.10[d]
69 WP 1984, S.23[d]
70 Vgl. WP 1984, S.23ff[d]
71 Vgl. WL No19 6/78, S.5[e]
72 Vgl. Informationsblatt „Bürgerinitiative gegen die Munitionsbunker“[d]
73 Vgl. WL No100 12/86, S.9ff[e]
74 Rundbrief Grüne, undatiert
75 Rundbrief Grüne, undatiert
76 Informationsblatt „Tag des zivilen Ungehorsams“[d]
77 Vgl. Informationsblatt „Tag des zivilen Ungehorsams“[d]
78 Vgl. WL Notausgabe Wahlergebnisse 1978[e]
79 Vgl. Statistik aktuell 1/1984[f]
80 Vgl. OB-Wahlen 1952-2002[f]
81 Vgl. „Infoblatt vor der Kommunalwahl 1984“[d]
82 Vgl. Statistik aktuell 1/1990[f]
83 Vgl. Statistik aktuell 2/1996[f]
84 Vgl. Statistik aktuell 3/2002[f]
85 Vgl. Anhang 1
86 Vgl. www.statistik.bayern.de, kreisfreie Städte[g]
87 Vgl. Bachmayer[b]
88 Vgl. www.gruene-eckental.net[g]
89 Vgl. Völklein[c]
90 Vgl. Amtsblatt ERH 1990[f]
91 Vgl. Amtsblatt ERH 1996[f]
92 Vgl. www.wahlen.erlangen-hoechstadt.de[g]
93 Vgl. www.statistik.bayern.de, Kreistage[g]
94 Vgl. Anhang 2
95 Vgl. www.statistik-hh.de, Tabellen[g]

Erklärung zu den Endnoten:

Bei Internetseiten wird jeweils die Hauptadresse und falls nötig eine Zusatzinformation angegeben. Die genaue Adresse ist im Literaturverzeichnis nachzulesen.

EN: Erlanger Nachrichten[e]

GL 78: Was lefft, Sonderheft Grüne Liste (Wahlvorstellung 1978)[e]

Gleiss: www.brokdorf-antiakw.de[g]

Lederer, AKP: Schiller-Dickhut, „Wir wollen leben – aber anders“ in: AKP[e]

Lederer, Raumzeit: Liebler: „Die politische Bühne lächerlich machen“, www.raumzeit-online.de [g]

WL: Was lefft, mit entsprechender Angabe zur Ausgabe[e]

WP 1984: „Grüne Liste“ (Wahlprogramm 1984)[d]

WP 1990: „Programm 1990 (Wahlprogramm 1990)[d]

WP 1995: „Programm zur Kommunalwahl `96 in Erlangen“[d]

Anhang 1: Hochburgen der Grünen 1984-2002, Anhang S.30-33

Anhang 2: Kommunalwahlstatistiken anderer Länder, Anhang S.34-40

Hochziffern:
a: Bücher
b: Gespräche
c: Email-Kontakt
d: Veröffentlichungen der Grünen
e: Zeitungsartikel
f: Veröffentlichungen der Stadt Erlangen und des Landkreises Erlangen-Höchstadt
g: Internet

Literaturverzeichnis:

a) Bücher:

Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Verlag C. H. Beck oHG, Bonn, 2004

Müller, Helmut M.: Schlaglichter der deutschen Geschichte, F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig, Mannheim, 2004

Rytlewski, Ralf / Wuttke, Carola (Hrsg.): Basiswissen Schule Politik, Dudenverlag, Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich, 2004

b) Gespräche:

Bachmayer, Manfred, KV Erlangen-Höchstadt, am 18.01.2006

Bußmann, Gudrun, mehrmalige Stadträtin der Grünen Liste, ehemaliges Parteimitglied, am 16.01.2006

Bußmann, Harald, mehrmaliger Stadtrat der Grünen Liste, am 04.12.2005

Grillenberger, Heiner, Gründungsmitglied und mehrmaliger Stadtrat der Grünen Liste, am 05.12.2005

Hann, Hans-Hermann; mehrmaliger Stadtrat der Grünen/GL, ehemaliges Parteimitglied, am 25.11.2005

Hirschmann, Wolfgang, KV Erlangen-Höchstadt, Gemeinderat Uttenreuth, Kreisrat, am 04.01.2006

Wening, Helmut, mehrmals Stadtrat der Grünen/GL, Mitglied B90 / Die Grünen, am 10.10.2005

c) Email-Kontakt:

Völklein, Fritz, Stadt Herzogenaurach, am 19.01.2006

d) Veröffentlichungen der Grünen

„Bürgerinitiative gegen Munitionsbunker“, Informationsblatt der Grünen Liste, Erlangen, 1979

„Infoblatt vor der Kommunalwahl 1984“ des Grünen-Landesverbandes Bayern, München, undatiert

„Grüne Liste“ (Wahlprogramm 1984), Die Grünen / Grüne Liste, Erlangen, 1984

Programm 1990 (Wahlprogramm 1990) Die Grünen / Grüne Liste, Erlangen, 1990

Programm zur Kommunalwahl ´96 in Erlangen, B90 / Die Grünen / Grüne Liste, Erlangen, 1996

Rundbriefe, diverse, B90 / Die Grünen / Grüne Liste, undatiert

„Tag des zivilen Ungehorsams“, Informationsblatt des Grünen-Kreisverbandes München-Ost, 23.März 1983

e) Zeitungsartikel:
(chronologisch geordnet)

Was lefft:

Was lefft, Sonderheft Grüne Liste (Wahlvorstellung 1978), Erlangen, 1978

Was lefft, Notausgabe, genaue Wahlergebnisse, Erlangen, 07. März 1978

„Hupfla – Szenen einer Beschützung“ in: Was lefft, Ausgabe 19, S. 5, Erlangen, Juni 1978

„Die Grünen in den Bundestag?“ in: Was lefft, Ausgabe 33, S. 13, Erlangen, Dezember 1979

„Rüstung in Erlangen“ in: Was lefft, Ausgabe 100, S. 9ff., Erlangen, Dezember 1986

„WAA, das Übel an der Wurzel packen“ in: Was lefft, Ausgabe 100, S 13, Erlangen, Dezember 1986

Andere:

„Franken III – Baubeginn auf unbestimmte Zeit verschoben“ in: Erlanger Nachrichten, Lokalteil, Erlangen, 8. Dezember 1994

Schiller-Dickhut, Reiner, „Wir wollen leben – aber anders, Interview mit Wolfgang Lederer-Kanawin“ in: Alternative Kommunale Politik (AKP) 1/98 S.34f. , Bielefeld, 1/98

f) Veröffentlichungen der Stadt Erlangen und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt

Stadt Erlangen:

„Oberbürgermeisterwahlen 1952 – 2002“, Zusammenstellung der Abteilung Statistik und Controlling, Stadt Erlangen, 25. März 2002

„Oberbürgermeister- und Stadtratswahl 1984“ in:
Statistik aktuell, Sonderbericht 1/1984, Herausgeber: Stadtentwicklungsamt, Abteilung Statistik und Stadtforschung, Stadt Erlangen, 22. März 1984

„Oberbürgermeister- und Stadtratswahl 1990“ in:
Statistik aktuell, Sonderbericht 1/1990, Herausgeber: Abteilung Statistik und Stadtforschung, Stadt Erlangen, 21. März 1990

„Oberbürgermeister- und Stadtratswahl am 10. März 1996“ in:
Statistik aktuell, Sonderbericht 2/1996, Herausgeber: Abteilung Statistik und Controlling, Stadt Erlangen, 12. März 1996

„Oberbürgermeister- und Stadtratswahl am 3. März 2002“ in:
Statistik aktuell, Sonderbericht 3/2002, Herausgeber: Abteilung Statistik und Controlling, Erlangen, 07. März 2002

Landkreis Erlangen-Höchstadt:

„Bekanntmachung der Ergebnisse der Landkreiswahl am 18. März 1990“, Amtsblatt des Landkreises Erlangen-Höchstadt, Nr. 14, 19. Jahrgang, Erlangen, 5. April 1990

„Bekanntmachung des Ergebnisses der Wahl des Kreistags am 10.03.1996“, Amtsblatt des Landkreises Erlangen-Höchstadt, Nr. 16, 25.Jahrgang, Erlangen, 4. April 1996

g) Internet:
(alphabetisch nach Internetadresse)

„Vorgeschichte (1977-79)“, Internetseite:
http://bayern.gruene-partei.de/cms/ueber_uns/dok/12/12137.vorgeschichte_197779.htm
aufgerufen am 04.01.06

Gleiss, Thies, „25 Jahre Anti-AKW-Bewegung – Neue politische Landkarte“, SoZ - Sozialistische Zeitung Nr.23 vom 08.11.2001, Seite 8, Internetseite:
http://www.brokdorf-antiakw.de/geschichte/25_jahre_anti-akw-bewegung.html, aufgerufen am 04.01.2006

„Grüne Ergebnisse der Kommunalwahlen am 03. März 2002“, Kreisverband Erlangen-Höchstadt, Internetseite:
http://www.gruene.eckental.net/kreisalle/kowa02.html, aufgerufen am 27.12.2005

„Entwicklung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Niedersachsen“, Internetseite:
http://www.gruene-niedersachsen.de/aktuell_geschichte.html, aufgerufen am 04.01.06

„Vorgeschichten: 1977 – 1979“, Internetseite:
http://www.gruene-partei.de/cms/gruene_work/rubrik/0/238.vorgeschichte.htm, aufgerufen am 30.05.2005

„Die ersten Jahre: 1980 – 1983“, Internetseite:
http://www.gruene-partei.de/cms/gruene_work/rubrik/0/237.198083.htm, aufgerufen am 30.05.2005

„Kommunalwahlen in Bayern seit 1946 – Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten“, Wahlergebnisse, Internetseite:
http://www.statistik.bayern.de/wahlen/kw/tab1_2a.html, aufgerufen am 02.11.2005

„Kommunalwahlen in Bayern seit 1946 – Wahl der Kreistage in den Landkreisen“, Wahlergebnisse, Internetseite:
http://www.statistik.bayern.de/wahlen/kw/tab1_3a.html, aufgerufen am 02.11.2005

„Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18.März 1979“, Wahlergebnis, Internetseite:
http://www.statistik-berlin.de/wahlen/wahldatenbank/tabellen/79agh2p.htm, aufgerufen am 11.01.06

„Bürgerschaftswahlen seit 1965 – Tabellen“, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Internetseite:
http://www.statistik-hh.de/index.php?site=votedb_tables, aufgerufen am 11.01.2006

„Bürgerschaftswahl 1978“, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Internetseite:
http://www.statistik-hh.de/results.php?action=tables&voteid=15, aufgerufen am 27.12.2005

Liebler Michael, „Die politische Bühne lächerlich machen“, Interview mit Wolfgang Lederer-Kanawin, in: Raumzeit vom 15.02.2002, Internetseite:
http://www.raumzeit-online.de/index.php?mode=show_article&article=301&pub=101&cat=14, aufgerufen am 07.12.2005

„Kreistagswahl 2002“, Landkreis Erlangen-Höchstadt, Internetseite:
http://wahlen.erlangen-hoech-stadt.de/Kommunalwahl_02032002/02_kommw_ergebnisse/5_2_000572000E.html, aufgerufen am 27.12.2005

„Geschichte von Bündnis 90 / Die Grünen“, Internetseite:
http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_von_B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen, aufgerufen am 02.02.2005

Alle fehlenden Daten waren im recherchierten Material nicht angegeben.

Anhang

Inhaltsverzeichnis:

Hochburgen der Grünen in Erlangen (Anhang 1)
1984 30
1990 31
1996 32
2002 33

Kommunalwahlstatistiken anderer Bundesländer (Anhang 2)
Niedersachsen 34
Nordrhein-Westfalen 35
Hessen 36
Baden-Württemberg 37

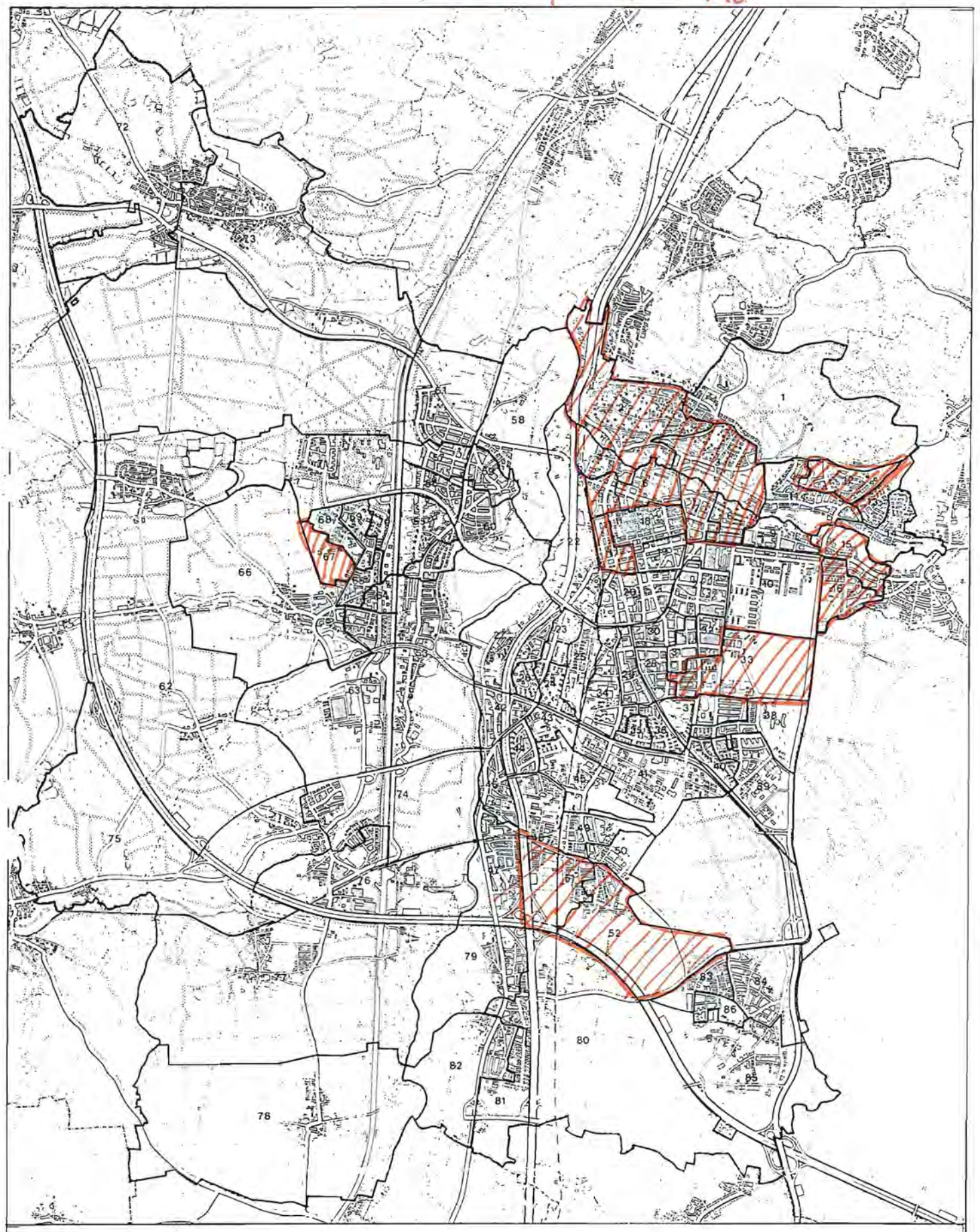
Ausdrucke der Internetquellen
http://bayern.gruene-partei.de 41
www.gruene-eckental.net 42
www.gruene-partei.de, Vorgeschichten 44
www.gruene-partei.de, Die ersten Jahre 46
www.statistik.bayern.de, Stadträte 48
www.statistik.bayern.de, Kreistage 49
www.statistik-berlin.de 50
www.statistik-hh.de, Bürgerschaftswahl 1978 51
http://wahlen.erlangen-hoechstadt.de, Kreistagswahl 2002 52

Erklärung 53

Anhang 1: Hochburgen der Grünen

Wahlbezirkseinteilung

KW 1984 ; III ≥ 7%

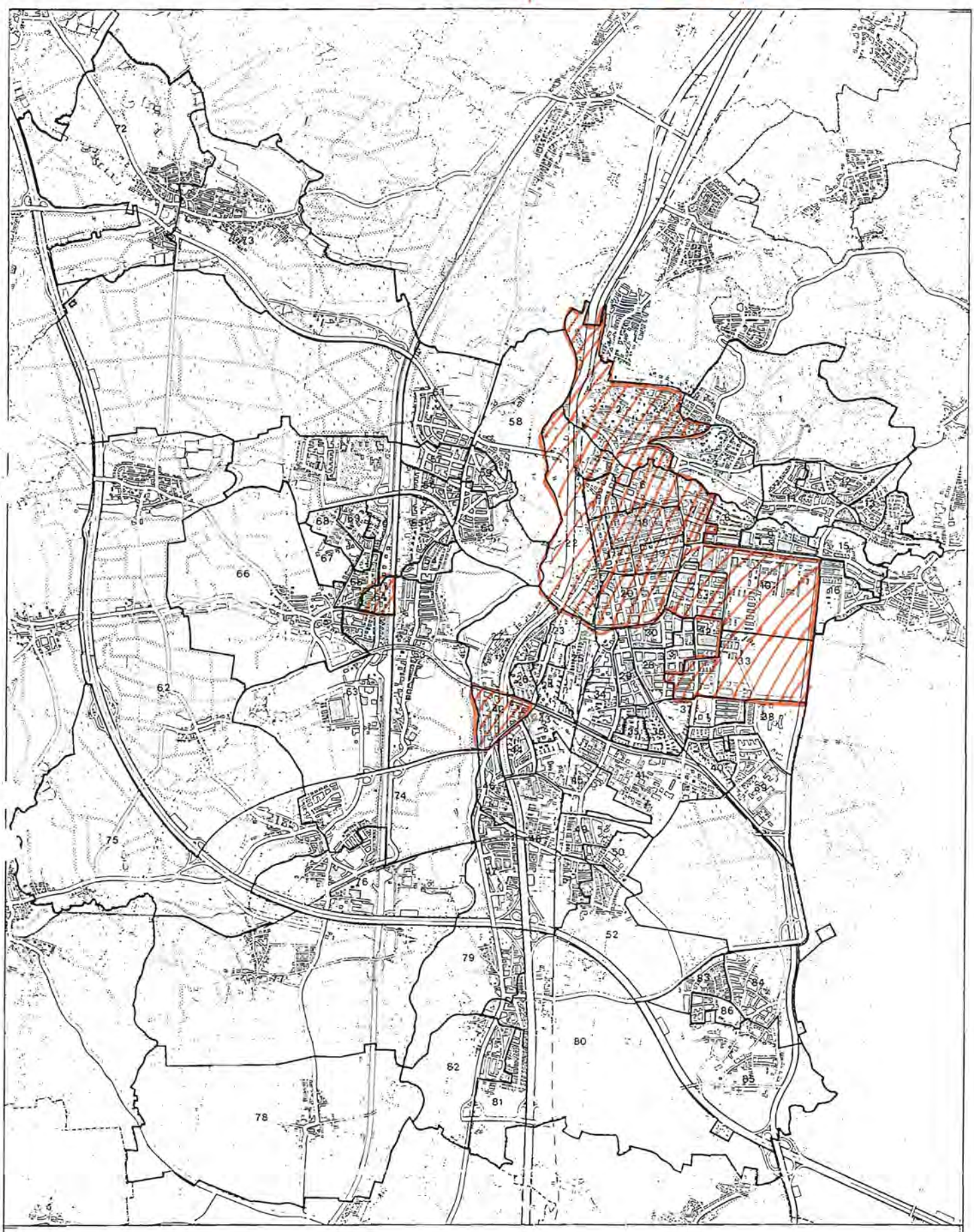


M=1:54 000 Kartengrundlage: Stadtplanwerk Mittelfränkische Städteachse 1:15 000, Ausgabe 1982
Stadt Erlangen · Abteilung Statistik und Stadtforschung

Quelle: Statistik Aktuell 1/1984

Wahlbezirkseinteilung

KW 1990 ; /// ≥ 10%

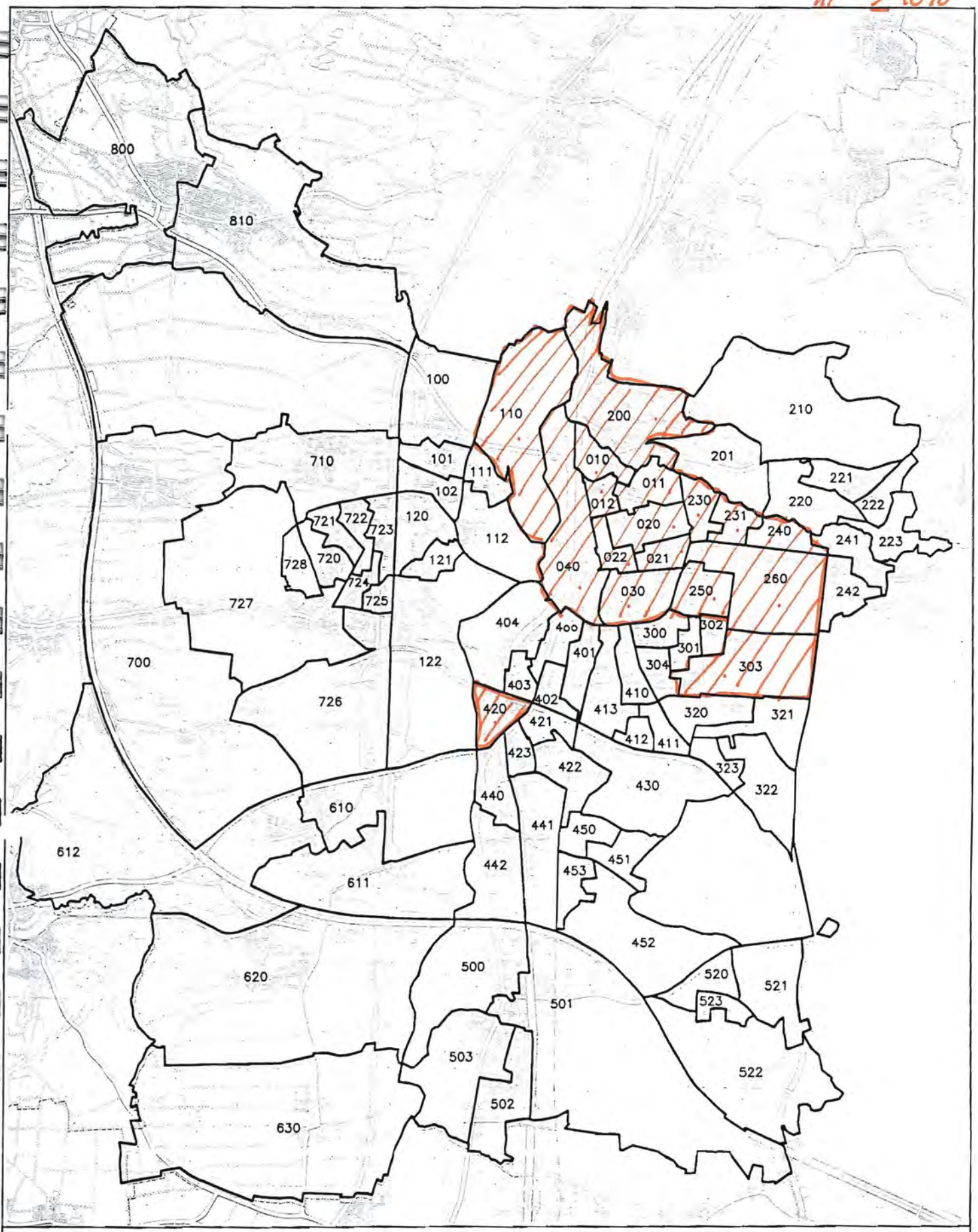


M=1:54 000 Kartengrundlage: Stadtplanwerk Mittelfränkische Städteachse 1:15 000, Ausgabe 1982
Stadt Erlangen · Abteilung Statistik und Stadtforschung

Quelle: Statistik Aktuell 1/1990

Wahl-/Stimmbezirke in der Stadt Erlangen

KW1996
/// ≥ 10%



M = 1 : 54 000 Kartengrundlage: Stadtplanwerk Mittelfränkische Städteachse 1 : 15 000, Ausgabe 1990

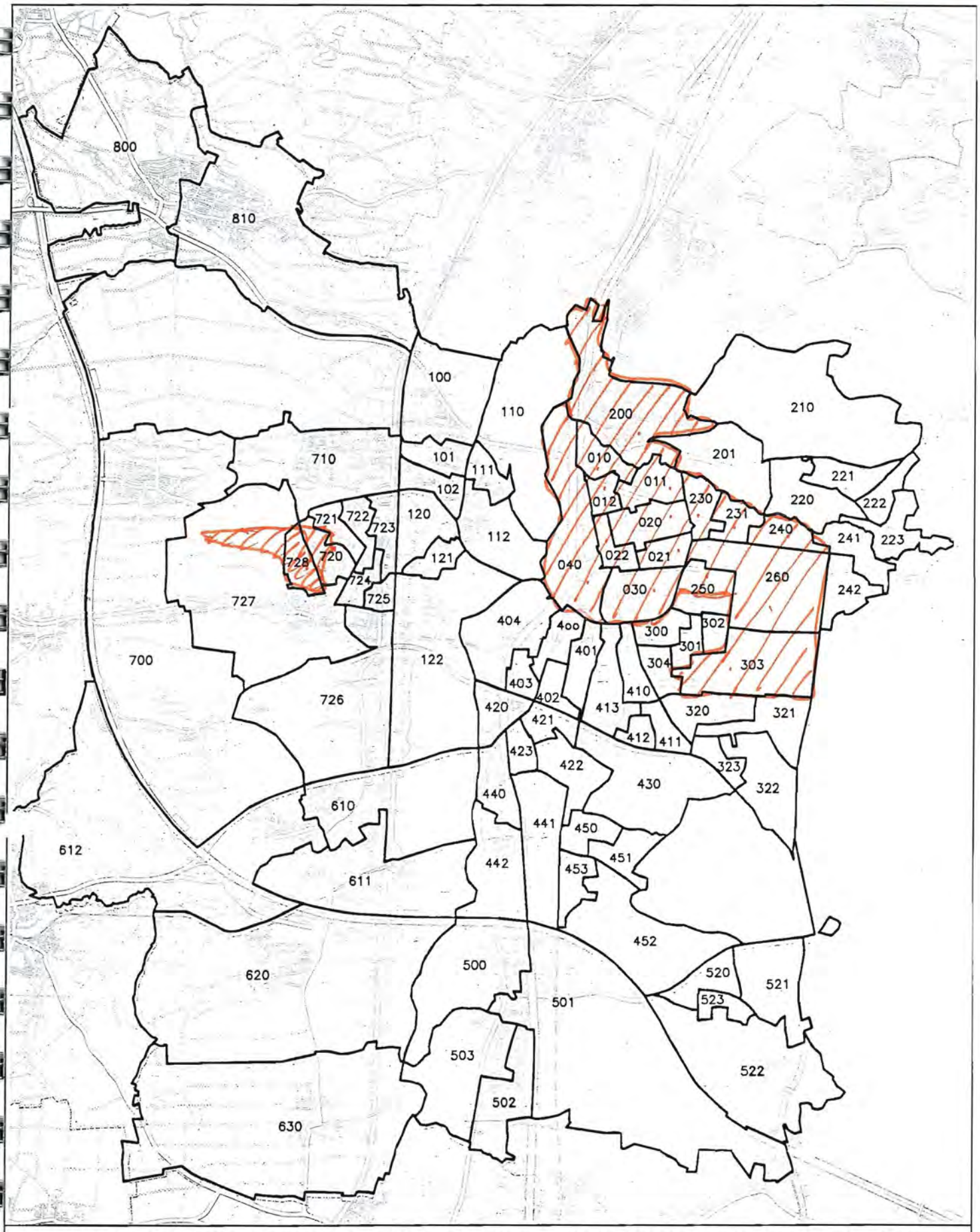
Stadt Erlangen Abteilung Statistik und Stadtforschung

Quelle: Statistik Aktuell 2/1996

KW 2002

Wahl-/Stimmbezirke in der Stadt Erlangen

/// ≥ 12%



M = 1 : 54 000 Kartengrundlage: Stadtplanwerk Mittelfränkische Städteachse 1 : 15 000, Ausgabe 1990

Stadt Erlangen Abteilung Statistik und Stadtforschung

Quelle: Statistik Aktuell 3/2002

Anhang 2: Kommunalwahlstatistiken anderer Bundesländer

© Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover, 2001. Alle Rechte vorbehalten.

NLS-Online: Tabelle M5010219

Nds. Landesamt für Statistik
Kommunalwahlen von 1981 bis 2001 in Niedersachsen: Kreiswahlen*
- nach Landtagswahlkreisen -

(Bis zu 3 Stimmen je Wähler)

Niedersachsen Landtagswahlkreis* ------ Parteien	Kommunalwahlen 1)									
	Stimmen					Stimmenanteil				
	KW 81	KW 86	KW 91	KW 96	KW 01	KW 81	KW 86	KW 91	KW 96	KW 01
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
0 Niedersachsen										
Gültige Stimmen	11702037	11530562	11188117	11258008	9988836	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	5873742	5301615	4821320	4689469	4255639	50,2	46,0	43,1	41,7	42,6
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	4319540	4672100	4495045	4335954	3851964	36,9	40,5	40,2	38,5	38,6
Freie demokratische Partei (FDP)	750218	565495	655549	512530	615201	6,4	4,9	5,9	4,6	6,2
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (GRÜNE)	420051	619134	705134	1016302	670996	3,6	5,4	6,3	9,0	6,7

Quelle:
http://www1.nls.niedersachsen.de/statistik/html/mustertabelle.asp?DT=5010219,
aufgerufen am 14.01.06

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte und zu den Kreistagen der Kreise

Wahljahr	Gültige Stimmen in %				
	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Sonstige
1946	33,4	46,0	x	4,3	16,3
1948	35,9	37,6	x	6,9	19,6
1952	36,1	35,6	x	12,6	15,7
1956	44,2	38,2	x	9,6	8,0
1961	40,7	45,0	x	10,2	4,1
1964	46,6	43,1	x	8,0	2,3
1969	45,6	45,7	x	6,3	2,4
1975	45,5	46,1	x	7,1	1,3
1979	44,9	46,3	x	6,5	2,2
1984	42,5	42,2	8,2	4,8	2,3
1989	43,0	37,5	8,3	6,5	4,6
1994	42,3	40,3	10,2	3,8	3,5
1999	33,9	50,3	7,3	4,3	4,2
2004	31,7	43,4	10,3	6,8	7,8

Kommunalwahlen in Hessen

(Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen)

Wahltermin	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Abgegebene Stimmen[1]			Von den gültigen Stimmen[2] entfielen auf						
			ungültig		gültig	CDU	SPD	GRÜNE	F.D.P.[3]	Sonstige	darunter	
											REP	Wählergruppen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%						
18.03.2001	4 498 672	52,9	100 467	4,2	2 278 814	38,1	38,5	9,1	5,2	9,1	2,5	5,8
02.03.1997	4 425 013	66,0	78 585	2,7	2 842 626	33,0	38,0	11,0	4,0	14,1	6,6	5,9
07.03.1993	4 270 703	71,3	97 585	3,2	2 946 644	32,0	36,4	11,0	5,1	15,5	8,3	5,7
12.03.1989	4 194 001	78,0	78 637	2,4	3 194 550	34,3	44,8	9,1	4,8	6,8	0,7	3,4
10.03.1985	4 104 875	75,8	64 957	2,1	3 044 633	41,1	43,7	7,1	5,3	2,9	—	2,1
22.03.1981	3 993 759	76,3	53 722	1,8	2 995 413	47,4	39,4	4,3	6,0	2,9	—	2,2
20.03.1977	3 883 024	79,5	54 741	1,8	3 033 624	47,9	42,3	—	5,4	4,5	—	3,0
22.10.1972	3 807 555	81,4	48 462	1,6	3 051 124	38,1	51,4	—	6,4	4,0	—	2,5
20.10.1968	3 523 606	76,9	69 197	2,6	2 639 232	29,7	49,9	—	10,4	10,0	—	2,1
25.10.1964	3 465 157	79,3	72 942	2,7	2 676 439	29,0	51,7	—	11,1	8,2	—	2,2
23.10.1960	3 319 767	80,1	76 489	2,9	2 581 521	27,1	47,8	—	10,5	14,7	—	5,9
28.10.1956	3 151 252	78,0	90 125	3,7	2 368 128	21,2	47,4	—	8,6	22,9	—	11,7
04.05.1952	3 038 779	76,8	108 936	4,7	2 225 705	17,8	38,5	—	14,9	28,8	—	11,5
25.04.1948	2 742 865	81,2	160 743	7,2	2 067 742	29,1	35,7	—	21,8	13,4	—	0,5
28.04.1946 – 26.05.1946[4]	2 086 829	75,7	80 333	5,1	1 498 874	36,9	43,2	—	7,3	12,6	—	—

1) Ab 2001 Stimmzettel. — 2) Gewichtete Ergebnisse. — 3) 1946-1948 LDP. — 4) Die Kreistagswahlen fanden am 28. April statt und in den kreisfreien Städten wurde am 26. Mai gewählt. Zudem waren 156 010 (7% der Wahlberechtigten) Personen infolge der Entnazifizierungsbestimmungen von den Wahlen ausgeschlossen. Auch viele Flüchtlinge durften nicht wählen, da sie noch keine sechs Monate in Hessen lebten. Insgesamt waren nur 59% der Wohnbevölkerung wahlberechtigt. Mandate erlangten nur die Parteien, die mindestens 15% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Daher ist die Kommunalwahl 1946 nur eingeschränkt mit den folgenden Wahlen vergleichbar.

- Zurück
- Zeichen und Abkürzungen

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2006. Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

-36-

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg seit 1975

1975-1989 | 1989-2004

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1975[1)]	1980	1984	1989
Gemeinde	Anzahl	1.110	1.110	1.110	1.110
Zu wählende Gemeinderäte	Anzahl	18.648	18.802	18.752	18.796
Wahlberechtigte	Anzahl	6.119.833	6.248.257	6.520.674	6.800.276
Wähler	Anzahl	4.121.290	3.909.811	4.026.814	4.178.627
	%	67,3	62,6	61,8	61,4
Ungültige Stimmzettel	Anzahl	120.786	203.158	151.775	158.728
	%	2,9	5,2	3,8	3,8
Abgegebene gültige Stimmen insgesamt	Anzahl	114.315.076	101.914.042	101.385.310	103.957.211
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	789.690	975.953	440.305	292.957
	%	0,7	1,0	0,4	0,3
Bei Verhältniswahl	Anzahl	113.525.386	100.938.089	100.945.005	103.664.254
Davon					
CDU	Anzahl	44.146.435	40.015.216	38.230.826	33.819.363
	%	38,9	39,6	37,9	32,6
SPD	Anzahl	33.145.526	30.467.195	26.555.756	26.560.748
	%	29,2	30,2	26,3	25,6
FDP/DVP	Anzahl	6.230.855	5.309.505	3.905.161	4.771.833
	%	5,5	5,3	3,9	4,6
GRÜNE	Anzahl	-	1.671.436	6.410.001	6.147.638
	%	-	1,7	6,3	5,9
REP	Anzahl	-	-	34.080	3.258.223
	%	-	-	0,0	3,1
Andere Parteien[2)]	Anzahl	1.132.496	579.843	690.934	1.050.907
	%	1,0	0,6	0,7	1,0
Gemeinsame Wahlvorschläge[3)]	Anzahl	6.324.505	4.410.186	3.325.875	3.570.739
	%	5,6	4,4	3,3	3,4
Wählervereinigungen	Anzahl	22.545.569	18.484.708	21.792.372	24.484.803
	%	19,9	18,3	21,6	23,6
Errechnete gleichwertige Stimmen insgesamt	Anzahl	3.781.035	3.458.413	3.508.100	3.608.317
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	63.523	75.440	38.049	25.464
	%	1,7	2,2	1,1	0,7
Bei Verhältniswahl	Anzahl	3.717.512	3.382.973	3.470.051	3.581.853
Davon					
CDU	Anzahl	1.340.786	1.281.743	1.256.630	1.134.601
	%	36,1	37,9	36,2	31,7
SPD	Anzahl	948.727	906.231	818.959	838.340
	%	25,5	26,8	23,6	23,4
FDP/DVP	Anzahl	151.562	134.925	100.936	120.996
	%	4,1	4,0	2,9	3,4
GRÜNE	Anzahl	-	37.230	171.922	168.096
	%	-	1,1	5,0	4,7
REP	Anzahl	-	-	586	68.811
	%	-	-	0,0	1,9
Andere Parteien[2)]	Anzahl	24.776	13.086	15.168	22.492
	%	0,7	0,4	0,4	0,6
Gemeinsame Wahlvorschläge[3)]	Anzahl	257.875	189.113	156.616	155.270
	%	6,9	5,6	4,5	4,3

1) Einschließlich vorgezogener und nachgeholter Wahlen.
2) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien.
3) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen.
4) Einschließlich errechnetem Verhältnisausgleich in den Gemeinden mit unechter Teilortswahl.

... GrW1.as

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1975[1)]	1980	1984	1989
Wählervereinigungen	Anzahl	993.786	820.645	949.235	1.073.247
	%	26,7	24,3	27,4	30,0
Gewählte Gemeinderäte/Kreisräte insgesamt	Anzahl	19.756[4)]	19.852	20.028	20.156
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	1.242	1.464	954	682
Bei Verhältniswahl Davon	Anzahl	18.514[4)]	18.388	19.074	19.474
CDU	Anzahl	5.850[4)]	6.550	6.497	5.921
SPD	Anzahl	3.212[4)]	3.642	3.450	3.645
FDP/DVP	Anzahl	3.10[4)]	332	248	288
GRÜNE	Anzahl	-	54	474	465
REP	Anzahl	-	-	-	71
Andere Parteien[2)]	Anzahl	21[4)]	16	17	20
Gemeinsame Wahlvorschläge[3)]	Anzahl	1.544[4)]	1.311	1.188	1.106
Wählervereinigungen	Anzahl	7.577[4)]	6.483	7.200	7.958

1) Einschließlich vorgezogener und nachgeholter Wahlen.
2) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien.
3) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen.
4) Einschließlich errechnetem Verhältnisausgleich in den Gemeinden mit unechter Teilortswahl.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

..GrW1.asp

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Baden-Württemberg seit 1975

1975-1989 | 1989-2004

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1994	1999	2004
Gemeinden	Anzahl	1.110	1.110	1.110	1.110
Zu wählende Gemeinderäte	Anzahl	18.796	18.664	18.576	18.381
Wahlberechtigte	Anzahl	6.800.276	7.119.523	7.488.385	7.754.207
Wähler	Anzahl	4.178.627	4.748.881	3.966.993	4.034.622
	%	61,4	66,7	53,0	52,0
Ungültige Stimmzettel	Anzahl	158.728	186.010	118.190	139.760
	%	3,8	3,9	3,0	3,5
Abgegebene gültige Stimmen insgesamt	Anzahl	103.957.211	115.396.082	92.709.180	94.123.720
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	292.957	266.283	278.390	312.678
	%	0,3	0,2	0,3	0,3
Bei Verhältniswahl	Anzahl	103.664.254	115.129.799	92.430.790	93.811.042
Davon					
CDU	Anzahl	33.819.363	36.328.437	33.311.907	31.161.413
	%	32,6	31,6	36,0	33,2
SPD	Anzahl	26.560.748	27.751.841	20.023.162	18.647.092
	%	25,6	24,1	21,7	19,9
FDP/DVP	Anzahl	4.771.833	4.052.385	2.788.188	3.437.230
	%	4,6	3,5	3,0	3,7
GRÜNE	Anzahl	6.147.638	8.810.183	4.776.954	7.684.409
	%	5,9	7,7	5,2	8,2
REP	Anzahl	3.258.223	2.548.779	1.257.465	726.561
	%	3,1	2,2	1,4	0,8
Andere Parteien[1)]	Anzahl	1.050.907	1.401.582	815.015	670.918
	%	1,0	1,2	0,9	2,2
Gemeinsame Wahlvorschläge[2)]	Anzahl	3.570.739	3.593.840	4.057.350	3.942.764
	%	3,4	3,1	4,4	4,2
Wählervereinigungen	Anzahl	24.484.803	30.642.752	25.400.749	27.540.655
	%	23,6	26,6	27,5	29,4
Errechnete gleichwertige Stimmen insgesamt	Anzahl	3.608.317	4.063.068	3.412.793	3.480.628
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	25.464	23.219	24.941	27.849
	%	0,7	0,6	0,7	0,8
Bei Verhältniswahl	Anzahl	3.581.853	4.039.849	3.387.853	3.452.778
Davon					
CDU	Anzahl	1.134.601	1.222.815	1.150.893	1.107.112
	%	31,7	30,3	34,0	32,1
SPD	Anzahl	838.340	894.497	669.872	623.608
	%	23,4	22,1	19,8	18,1
FDP/DVP	Anzahl	120.996	105.800	77.626	97.188
	%	3,4	2,6	2,3	2,8
GRÜNE	Anzahl	168.096	230.025	133.454	206.903
	%	4,7	5,7	3,9	6,0
REP	Anzahl	68.811	55.850	28.256	15.463
	%	1,9	1,4	0,8	0,4
Andere Parteien[1)]	Anzahl	22.492	31.196	17.369	14.764
	%	0,6	0,8	0,5	0,4
Gemeinsame Wahlvorschläge[2)]	Anzahl	155.270	167.784	168.088	162.888
	%	4,3	4,2	5,0	4,7
Wählervereinigungen	Anzahl	1.073.247	1.331.882	1.142.296	1.224.853
	%	30,0	33,0	33,7	35,5
Gewählte Gemeinderäte insgesamt	Anzahl	20.156	19.971	19.739	19.353

1) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien.

2) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen.

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1994	1999	2004
Bei Mehrheitswahl	Anzahl	682	612	667	750
Bei Verhältniswahl	Anzahl	19.474	19.359	19.072	18.603
Davon					
CDU	Anzahl	5.921	5.495	5.997	5.717
SPD	Anzahl	3.645	3.448	2.986	2.632
FDP/DVP	Anzahl	288	217	200	254
GRÜNE	Anzahl	465	529	376	525
REP	Anzahl	71	49	29	17
Andere Parteien[1)]	Anzahl	20	15	10	18
Gemeinsame Wahlvorschläge[2)]	Anzahl	1.106	1.123	1.160	1.052
Wählervereinigungen	Anzahl	7.958	8.483	8.314	8.388

1) Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien.

2) Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen.

Vorgeschichte (1977-79)

1977

Seit dem Frühjahr 1977 werden in der Bundesrepublik grüne und bunte Listen gegründet.

1978

Zur bayerischen Landtagswahl am 15.10.78 treten erstmals verschiedene grüne und alternative Gruppierungen mit einer gemeinsamen Liste unter dem Namen Die Grünen an. Das Wahlbündnis besteht aus der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) und zahlreichen Bürgerinitiativen. Die Bunten, die an den Koordinationsgesprächen teilnahmen, verzichten auf eine Beteiligung an dem Wahlbündnis, stellen jedoch keine eigene Liste auf. Mit 204 Kandidaten treten die Grünen zur bayerischen Landtagswahl an. Unter den "Urgrünen" befinden sich u.a. Ruth Paulig, Paul Kestel und Halo Saibold. Zur Wahl der Grünen rufen zahlreiche Prominente wie Carl Amery, Bernhard Grzimek, Konrad Lorenz und Luis Trenker auf. 101.154 Menschen stimmen am Wahltag für die Grünen, ein respektables Ergebnis. Im Bezirkstag von Oberbayern erringen die Grünen ein Mandat.

Die GAZ Bayern fordert als erster GAZ-Landesverband einen bundesweiten Zusammenschluss der grünen Kräfte nach bayerischem Vorbild.

1979

Am 7. Oktober 1979 wird der Landesverband Die Grünen im Festsaal des Salvatorkellers am Nockherberg offiziell gegründet. Erster Landesvorsitzender wird Klaus Resch, Stellvertreter werden Halo Saibold und Dieter Burgmann. Es wird betont, dass der relative Erfolg der Grünen bei der Europawahl am 10.6.79 - bundesweit 3,2% mit Petra Kelly als Spitzenkandidatin - gezeigt habe, dass eine geeinte grüne Partei gute Chancen habe, sich in der bundesdeutschen Parteienlandschaft zu etablieren.

Kreisverband Erlangen-Land
e-mail: KV.Erlangen-Land@gruene.de

Grüne Ergebnisse der Kommunalwahlen am 03. März 2002

Landratswahl:

Manfred Bachmayer: 4,54%

Dr. Gerhard Friedrich (CSU): 42,61 %
Eberhard Irlinger (SPD): 43,21 %
Karin Knorr (FW): 9,64 %

Stichwahl am 17. März zwischen Eberhard Irlinger und Dr. Gerhard Friedrich.

Kreistagswahl:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
8,41 % (1996: 10,74%; -2,33 %)
5 Sitze (1996: 6)

Gewählte Kreisräte (alle wie bisher):

Retta Müller-Schimmel
Manfred Bachmayer
Sabine Kursch
Dr. Christiane Kolbet
Wolfgang Hirschmann

Hier finden Sie die Stimmenverteilung auf die einzelnen Bewerber/innen.
Hier finden Sie die Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden.

Weitere Informationen zur Landrats- und Kreistagswahl finden Sie auf den Informationsseiten des Landratsamtes unter http://wahlen.erlangen-hoechstadt.de

Bürgermeisterwahlen:

Adelsdorf: Michael Auer 2,78 % (1996: Jörg Schoebel 5,59 %)
Herzogenaurach: Klemens Simon 13,65 % (1996: Bernd Müller 6,11 %)
Kalchreuth: Bernhard Kollischan 8,88 % (1996 kein GRÜNER Bewerber)
Uttenreuth: Wolfgang Hirschmann (GRÜNE/Alternative Liste) 13,6 % (1996: 10,57 %)

Gemeinderatswahlen:

Adelsdorf:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 5,1 % / 1 Sitz (1996: 7,0 % / 1)
Gemeinderätin: Bettina Buschmann (wie bisher)

Eckental:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7,4 % / 2 Sitze (1996: 9,0 % / 2)
Gemeinderäte: Helga Kondert (wie bisher), Manfred Bachmayer (Rückkehrer)

Großenseebach:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 3,1 % / 0 Sitze (1996: nicht angetreten)
Zitat NN: "Falls man in sechs Jahren mit einer kompletten Liste antreten kann, scheint ein Einzug in den Gemeinderat aber keineswegs abwegig." 2002 konnten nur fünf Kandidat/innen nominiert werden.

Heroldsberg:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10,8 % / 2 Sitze (1996: 16,6 % / 3)
Gemeinderäte: Helmut Herzog (wie bisher), Rainer Rock (neu)

Herzogenaurach:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10,5 % / 3 Sitze (1996: 9,2 % / 3)
Stadträte: Bernd Müller (wie bisher), Hermine Dickas, Carola Willwohl (beide neu)
Bürgermeisterkandidat Klemens Simon verzichtet auf sein Stadtratsmandat.

Kalchreuth:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7,1 % / 1 Sitz (1996: 9,8 % / 1)
Gemeinderat: Bernhard Kollischan (wie bisher)

Uttenreuth:
GRÜNE/Alternative Liste 11,7 % / 2 Sitze (1996: 15,1 % / 2)
Gemeinderäte: Wolfgang Hirschmann, Claudia Thaler (beide wie bisher)

zurück | zurück zum Inhalt

Vorgeschichten: 1977 - 1979

1977

- Seit dem Frühjahr 1977 werden in der Bundesrepublik grüne und bunte Listen gegründet. Im Oktober gewinnt die »Grüne Liste Umweltschutz« einen Sitz im Kreistag von Hildesheim. Im Landkreis Hameln/Pyrmont kann die »Wählergemeinschaft Atomkraft Nein Danke« mit 2,3 Prozent ebenfalls ein Mandat erringen.

- Im November konstituiert sich die am 11. Mai gegründete »Umweltschutzpartei Niedersachsen« (USP) als »Landesverband Niedersachsen« einer künftigen »Grünen Liste Umweltschutz« (GLU). Die GLU versteht sich als wertkonservative Partei.

- SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr sieht in grünen Listen »eine Gefahr für die Demokratie«.

1978

- In Bayern gewinnt im März eine grüne Liste in Erlangen ein Kreistagsmandat. Die »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher« (AUD), die sich als »Deutschlands erste Umweltschutzpartei« versteht, erringt ein Kreistags- und ein Gemeinderats-Mandat. Bei Kreistagswahlen in Schleswig-Holstein gelingt grünen Listen in zwei Kreisen nahe des AKW Brokdorf der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.

- Bei den Landtagswahlen in Hamburg erreichen am 4. Juni die »Bunte Liste« 3,5 und die GLU ein Prozent. Im Stadtteil Eimsbüttel erringt die »Bunte Liste« zwei Man-date in der Bezirksversammlung. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen bekommt die GLU 3,9 Prozent.

- Ehemalige CSU-Mitglieder und UmweltschützerInnen gründen am 9. Juli eine »Grüne Liste Bayern Bund freier Wähler«.

- Am 12. Juli verläßt der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl seine Partei und gibt einen Tag später die Gründung der »Grünen Aktion Zukunft« (GAZ) bekannt.

- Zu den Landtagswahlen in Hessen treten im Oktober die GAZ und die Grüne Liste Hessen an und erreichen 0,9 bzw. 1,1 Prozent.

- In Bayern treten die »Grüne Liste Bayern«, GAZ und AUD im Oktober als »Die Grünen« zur Landtagswahl an und erzielen 1,8 Prozent.

1979

- Am 16./17. März gründen rund 500 Delegierte von AUD, GLU, GAZ und anderen Initiativen zur Europawahl das Listenbündnis DIE GRÜNEN. Zu Vorsitzenden dieser »Sonstigen politischen Vereinigung« (SPV) werden gewählt: Helmut Neddermeyer (GLU), Herbert Gruhl (GAZ), August Haußleiter (AUD). Für die Europawahl werden unter anderem nominiert: Petra Kelly, Herbert Gruhl, Baldur Springmann, Carl Amery, Joseph Beuys. Das Listenbündnis erreicht bei den Wahlen im Juni 3,2 Prozent.

- Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen erreicht die »Bremer Grüne Liste« am 7. Oktober 5,1 Prozent. Mit vier Mandaten kommen erstmals Grüne in ein Landesparlament.

- Im November 1979 findet in Offenbach die zweite Versammlung der SPV DIE GRÜNEN statt. Die rund 1000 Delegierten beschließen, ihre Vereinigung im Januar 1980 in eine Partei umzuwandeln.

- Im Dezember einigen sich die NATO-Staaten auf den »NATO-Doppelbeschluß«. Dieser Beschluss wird zum zentralen Bezugspunkt der neuen Friedensbewegung.

Die ersten Jahre: 1980 – 1983

1980

- Am 12./13. Januar tritt in Karlsruhe der 3. Kongress der SPV DIE GRÜNEN zusammen und gründet die Bundespartei DIE GRÜNEN.
- Im März erzielen DIE GRÜNEN bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 5,3 Prozent.
- Vom 21.-23. März findet in Saarbrücken die 2. Bundesversammlung der GRÜNEN statt. Die Versammlung verabschiedet das erste Bundesprogramm und wählt Petra Kelly, August Haußleiter und Norbert Mann zu SprecherInnen.
- Im Mai rufen AtomkraftgegnerInnen in Gorleben die »Freie Republik Wendland« aus.
- Mit der 3. Bundesversammlung in Dortmund ist im Juni der Gründungsmarathon der GRÜNEN beendet. Dieter Burgmann löst August Haußleiter als Sprecher ab.
- Bei den Bundestagswahlen im Oktober erreichen DIE GRÜNEN 1,5 Prozent.

1981

- Am 28. Februar demonstrieren mehr als 100.000 Menschen in Brokdorf gegen die Atompolitik der Bundesregierung.
- Auf der 4. Bundesversammlung in Offenbach (2.-4.10.) verabschieden DIE GRÜNEN ein Friedensmanifest, in dem die Nachrüstung abgelehnt wird. Für Norbert Mann wird Manon Maren-Grisebach zur Sprecherin gewählt.
- Am 10. Oktober demonstrieren in Bonn mehr als 300.000 Menschen für Frieden und Abrüstung.

1982

- Am 6. Juni erreicht die GAL in Hamburg bei den Wahlen 7,7 Prozent der Stimmen.
- Anläßlich des Besuchs von US-Präsident Reagan demonstrieren am 10. Juni in Bonn fast eine halbe Million Menschen.

- Im September kommen DIE GRÜNEN bei den Landtagswahlen in Hessen auf 8 Prozent, die SPD auf 42,8 Prozent. SPD-Chef Brandt sieht eine »neue Mehrheit links von der Union«.

- Am 4. Oktober wird die sozial-liberale Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) durch ein konstruktives Misstrauensvotum abgelöst. Helmut Kohl (CDU) wird Bundeskanzler.

- Auf der Bundesversammlung in Hagen (12.- 4.11.) werden Rainer Trampert, Wilhelm Knabe zu neuen Sprechern gewählt und Rudolf Bahro wird als Beisitzer.

1983

- Auf der Außerordentlichen Bundesversammlung in Sindelfingen (15.-16.1.) wird das Rotationsprinzip für Bundestagsabgeordnete beschlossen: Wechsel nach zwei Jahren, die Abgeordneten der ersten und der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sollen gemeinsam die Fraktion bilden. Von ihren Diäten sollen Bundestagsabgeordnete 1.950 plus 500 Mark für jede zu unterhaltende Person behalten (Orientierung am Facharbeiterlohn).

- Bei der Bundestagswahl am 6. März erhalten DIE GRÜNEN 5,6 Prozent. Marieluise Beck-Oberdorf, Petra Kelly und Otto Schily werden zu SprecherInnen der Bundestagsfraktion gewählt. Joschka Fischer wird Parlamentarischer Geschäftsführer.

- Im März gibt der grüne Abgeordnete Werner Vogel sein Mandat zurück, nachdem bekannt wurde, dass er Mitglied von NSDAP und SA war.

- Auf der Bundesversammlung in Duisburg (18. - 20.11.) wird in einer friedenspolitischen Resolution der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO gefordert. Rebekka Schmidt löst Manon Maren-Grisebach als Parteisprecherin ab.

- Ende November wird im Bundestag gegen die Stimmen der Grünen und von 198 SPD-Abgeordneten die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen beschlossen.

- Kommunalwahlen in Bayern seit 1946 -

Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten

Wahltag	Wahl-berechtigte	Wähler	Un-gültige	Gültige	Von den gewichteten Stimmen entfielen auf							
					CSU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige	davon entfielen auf		
										sonstige Parteien	gemein-same Wahlvor-schläge	Wähler-gruppen
		Wahl-beteiligung	Stimmzettel									
					%							
26.05.1946	x	86,8	2,6	100	45,1	38,0	x	3,9	13,0	10,1	x	2,8
30.05.1948	x	78,1	3,9	100	21,1	29,2	x	8,4	41,3	27,7	x	13,6
30.03.1952	x	72,2	5,5	100	21,5	35,1	x	6,3	37,1	20,4	2,2	14,5
18.03.1956	x	69,5	4,7	100	27,7	38,6	x	5,0	28,7	14,8	1,9	12,0
27.03.1960	x	70,4	3,0	100	28,0	46,2	x	5,0	20,9	6,8	5,1	9,0
13.03.1966	x	67,1	2,7	100	30,8	48,5	x	4,9	15,8	6,4	3,1	6,3
11.06.1972	x	68,2	2,2	100	39,7	49,1	x	3,9	7,3	2,2	1,1	4,0
05.03.1978	x	69,8	2,0	100	49,5	39,1	x	4,6	6,7	1,7	1,0	4,0
18.03.1984	x	65,7	2,0	100	43,6	40,9	4,8	3,5	7,2	1,3	1,7	4,2
18.03.1990	x	67,2	2,3	100	35,9	37,3	6,9	4,1	15,9	7,9	1,7	6,3
10.03.1996	x	56,4	2,4	100	40,6	32,7	7,9	2,3	16,5	6,8	2,0	7,7
03.03.2002	x	52,9	2,4	100	41,1	35,2	7,0	2,5	14,2	4,4	1,9	7,9

Quelle: http://www.statistik.bayern.de/wahlen/kw/tab1_2a.html, gedruckt am 25.01.06

- Kommunalwahlen in Bayern seit 1946 -

Wahl der Kreistage in den Landkreisen

Wahltag	Wahl-berechtigte	Wähler	Un-gültige	Gültige	Von den gewichteten Stimmen entfielen auf							
										davon entfielen auf		
		Wahl-beteiligung	Stimmzettel		CSU	SPD	GRÜNE	F.D.P.	Sonstige	sonstige Parteien	gemein-same Wahlvor-schläge	Wähler-gruppen
					%							
28.04.1946	x	73,1	2,5	100	68,6	22,9	x	1,5	7,0	4,4	0,9	1,7
25.04.1948	x	87,5	6,9	100	44,6	21,2	x	3,9	30,2	9,9	x	20,4
30.03.1952	x	86,8	6,9	100	29,2	20,5	x	2,2	48,1	25,3	7,9	14,9
18.03.1956	x	85,6	6,7	100	38,3	22,6	x	1,7	37,3	19,0	6,1	12,3
27.03.1960	x	84,2	6,2	100	41,9	26,2	x	1,0	30,9	10,9	10,2	9,8
13.03.1966	x	83,4	5,2	100	44,3	28,4	x	1,9	25,5	4,5	10,7	10,3
11.06.1972	x	79,9	4,2	100	48,0	31,7	x	1,0	19,4	0,5	5,4	13,4
05.03.1978	x	82,1	3,8	100	54,4	26,9	x	2,1	16,6	0,5	3,1	13,0
18.03.1984	x	78,5	3,6	100	51,1	26,9	3,1	1,8	17,2	0,4	3,7	13,1
18.03.1990	x	78,2	3,4	100	44,1	25,2	4,8	2,0	23,8	5,7	4,2	13,9
10.03.1996	x	71,5	3,6	100	43,8	23,5	6,6	1,4	24,7	3,3	3,7	17,6
03.03.2002	x	67,1	3,8	100	46,8	22,1	5,3	1,8	23,9	2,7	3,3	17,9

Quelle: http://www.statistik.bayern.de/wahlen/kw/tab1_3a.html, gedruckt am 25.01.06

Wahlergebnisse ab 1919

Für das Wahljahr 1979 liegen folgende Ergebnisse vor:

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin
am 18. März 1979 nach Bezirken und Parteien
- Zweitstimmen in Prozent -

Region	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	SPD	CDU	F.D.P.	AL	KBW	SEW
Charlottenburg	137 741	115 633	83,9	39,6	46,3	8,2	4,7	0,1	1,1
Kreuzberg	86 422	66 829	77,3	46,6	38,0	6,2	6,9	0,3	2,0
Neukölln	217 670	185 664	85,3	47,3	42,0	6,6	2,8	0,1	1,2
Reinickendorf	190 406	168 130	88,3	46,8	43,3	6,8	2,2	0,1	0,8
Schöneberg	107 663	88 657	82,3	39,9	42,8	9,0	6,6	0,2	1,6
Spandau	157 369	137 481	87,4	47,6	40,3	9,1	2,3	0,1	0,7
Steglitz	144 702	127 348	88,0	35,9	49,0	10,3	3,8	0,1	1,0
Tempelhof	142 242	126 139	88,7	40,9	47,5	8,2	2,5	0,1	0,8
Tiergarten	61 064	50 266	82,3	44,2	41,5	7,1	5,4	0,2	1,6
Wedding	103 465	85 027	82,2	50,0	39,1	6,1	3,3	0,1	1,3
Wilmersdorf	112 930	96 139	85,1	34,8	49,7	9,7	4,6	0,1	1,0
Zehlendorf	72 054	63 240	87,8	30,6	54,0	10,1	4,5	0,1	0,7
Berlin-West	**1 533 728**	**1 310 553**	**85,4**	**42,7**	**44,4**	**8,1**	**3,7**	**0,1**	**1,1**

Alphabetische Auflistung
der Parteien und Wählergemeinschaften, die seit 1946 in Berlin kandidiert haben
(1948 bis Dezember 1990 nur in Berlin-West)

© Statistisches Landesamt Berlin
Die Vervielfältigung und Verbreitung der im Internet kostenlos bereit gestellten Daten ist mit Quellen- und Jahresangabe gestattet.

[nach oben] [**Sitemap**] [**Landeswahlleiter**] [**Statistisches Landesamt Berlin**]

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Der Norden zählt

Ihr Suchergebnis:

Stimmanteile anzeigen in: Prozent Absolute Werte Absolute Werte + Prozent Druckversion Legende anzeigen

Bürgerschaftswahl 1978:

Hamburg (gesamt):

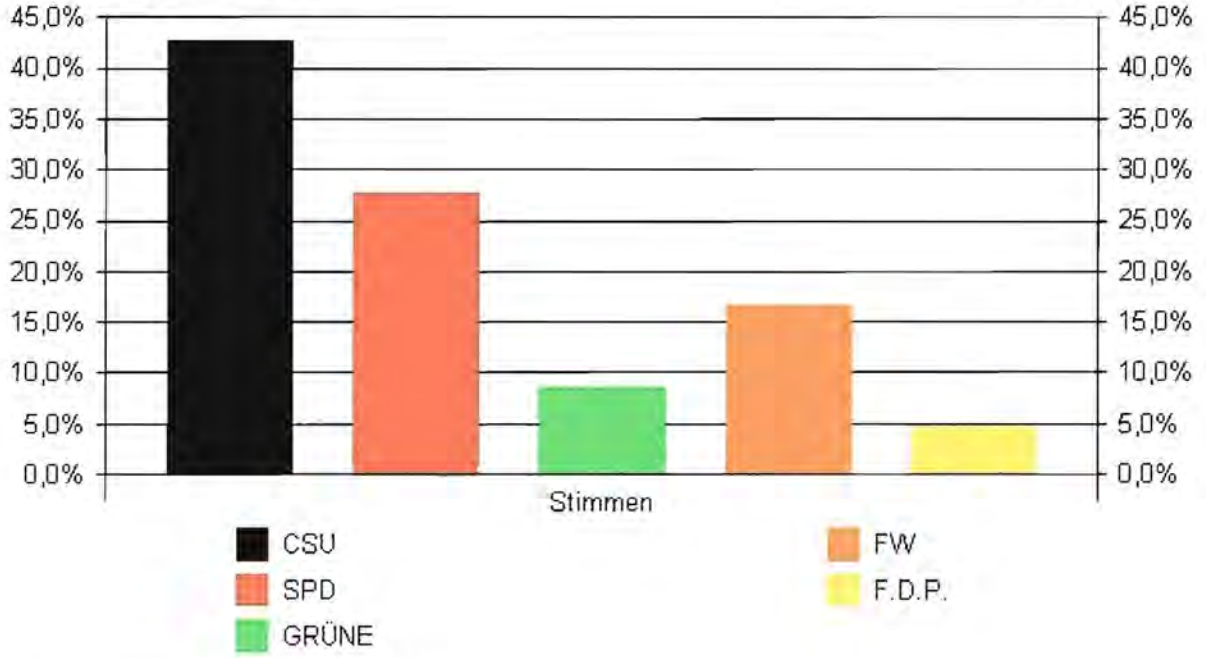
↓	SPD	CDU	F.D.P.	Bunte Liste	GLU	DKP	NPD	KPD/ML	AUD	KBW	FSU	EAP
Hamburg	51.5%	37.6%	4.8%	3.5%	1.0%	1.0%	0.3%	0.1%	0.1%	0.1%	0.0%	0.0%

Bezirke:

	SPD	CDU	F.D.P.	Bunte Liste	GLU	DKP	NPD	KPD/ML	AUD	KBW	FSU	EAP
Altona	47.7%	40.3%	5.2%	4.0%	1.2%	0.9%	0.4%	0.1%	0.1%	0.1%	0.0%	0.0%
Bergedorf	52.0%	39.0%	4.5%	2.5%	0.9%	0.6%	0.2%	0.0%	0.1%	0.1%	0.0%	0.0%
Eimsbüttel	48.5%	38.1%	5.2%	4.9%	1.1%	1.4%	0.4%	0.1%	0.0%	0.1%	0.0%	0.0%
Hamburg-Mitte	59.4%	31.2%	3.7%	3.2%	0.7%	1.1%	0.4%	0.1%	0.1%	0.1%	0.0%	0.0%
Hamburg-Nord	51.1%	37.1%	5.1%	3.9%	1.0%	1.2%	0.3%	0.1%	0.1%	0.1%	0.0%	0.0%
Harburg	57.7%	33.9%	3.9%	2.3%	0.9%	0.7%	0.4%	0.1%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%
Wandsbek	48.6%	40.9%	5.1%	2.9%	1.3%	0.7%	0.3%	0.1%	0.1%	0.0%	0.1%	0.0%

-57-

Landkreis Erlangen-Höchstadt Kreistagswahl 2002



Stand: 06.03.2002 - 17:30:19
Basis: 182 von 182 Ergebnissen
erstellt aus dem Endergebnis

Wahlberechtigte	98007
Wähler	68020
Wahlbeteiligung	69,40%

Gültige Stimmzettel	65868
Ungültige Stimmzettel	2152
Gültige Stimmen	3470626

WV-Nr	Wahlvorschlag	Stimmen	Prozent	Sitze	WV unveränd. gekennz.	innerh. eines WV's veränd.
01	Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)	1479322	42,62%	26	10833	7139
02	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	958766	27,63%	17	7641	3583
03	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (GRÜNE)	291934	8,41%	5	2335	526
04	Freie Wähler Erlangen-Höchstadt (FW)	579670	16,70%	10	2829	1918
05	Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	160934	4,64%	2	1039	254

Erklärung:

Ich erkläre hiermit, dass ich die Facharbeit ohne fremde Hilfe angefertigt und nur die im Literaturverzeichnis angeführten Quellen und Hilfsmittel benützt habe.

Erlangen, am 25.01.06, ...